

mo

SOS
MITMENSCH

2,50€
KOPFPORTAGE DAVON 1,25€
EURO FÜR

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 40

Traiskirchen
MENSCHEN IM
PORTRAIT

Rechte Psychologien
INTERVIEW
KLAUS OTTOMEYER



DOSSIER
IDENTITÄTEN IM
WANDEL

INTERVIEW

CONCHITA WURST

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.



Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!

PSK: IBAN AT87 6000 0000 9100 0590, BIC OPSKATWW



Dossier: Identitäten
Conchita Wurst, Foto: Markus Morianz

A Liebe Leserin Lieber Leser

Auch wenn es nicht so wirken mag, hängt das Dossier dieser Ausgabe – Identitätspolitik – eng mit der beschämenden Situation von Flüchtlingen in Österreich zusammen. Mit Identitäten lässt sich derzeit offensichtlich besonders gut Politik machen. Während Gemeinde- und Landeshauptlinge die Abwehr der „fremden“ Hilfesuchenden durch fadenscheinige (bürokratische) Argumente peinlich verschleiern, profitieren Rechtspopulisten ohne viel Zutun in den Wahl-Umfragen. Das Terrain wurde durch eine jahrzehntelange Identitätspolitik, die auf Ausschlüssen basiert, vorbereitet. Egal ob es um Tschetschenen, um Muslime oder einfach die Ausländer ging. Wer gehört zu uns? Wen lassen wir hierher kommen? Fragen wie diese geistern nun auch noch durch unsere Köpfe, während Menschen bis auf ihr Leben alles verloren haben. Auch wenn der Traiskirchner Bürgermeister auf Hunderte freie Betten hinweist, etwa im alten Landespflegeheim in Amstetten, so scheinen in Österreich für Flüchtlinge keine Betten frei.

Dass Identitäten tatsächlich aber einem permanenten Wandel unterzogen sind, werden auch die rechten Profiteure nicht verhindern können. Dass Identität aber keinesfalls andere(s) ausschließen muss, sondern fließend und vielfältig sein kann, beweist die geschlechtsheterogene Ikone Conchita Wurst, mit der Clara Akinyosoye für MO exklusiv ein Interview führen konnte.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgesell



Foto: Karin Wasner



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: gun/shaked

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Die Kriminalitätsrate sinkt, die Aufregung über Kriminalität steigt dennoch.

Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Identitäten

8 ICH SEHE MICH NICHT ALS HELDIN

Conchita Wurst, mittlerweile international gefragter Star, über fließende Identitäten, Schönheitsideale und ihr Lebenskonzept.

Interview: Clara Akinyosoye

12 GENDERWAHSINN

Gendermainstreaming ist eines der erklärten Feindbilder von Rechtskonservativen. Warum sie damit auf dem falschen Dampfer sind.

Text: Johanna Müller

16 ICH WAR VÖLLIG VERDATTERT

Mit einem zweistündigen Verhör begrüßte das offizielle Österreich damals die junge Studentin. Alev Korun, Menschenrechtssprecherin der Grünen über Willkommenskultur, Türkenbelagerungen und Arnie in Hollywood.

Interview: Gunnar Landsgesell

20 DAS BLAUE VOM HIMMEL

Die Parteienbindung sinkt kontinuierlich. Werden wir damit ein Stück freier oder für Populismus empfänglicher?

Text: Sonja Dries

23 PROPAGANDA FÜR DAS UNTERBEWUSSTSEIN

Gibt es eine Psychologie des rechten Wählers? Der Kärntner Psychologe Klaus Ottomeyer im Gespräch.

Interview: Ali Cem Deniz

Welt

26 MENSCHEN AUF DER STRASSE

Kontakte vor dem Flüchtlingslager in Traiskirchen.

Fotostrecke: Karin Wasner

32 MÜSSEN WIR ALLEN HELFEN?

Vier zentrale Fragen zur Flüchtlingspolitik. Ein Faktencheck.

Text: Philipp Sonderegger

35 SCHÖNER WOHNEN

Wien wird Top-Lebensqualität attestiert, während leistbarer Wohnraum zum Luxus wird. Wie hat sich das „rote Wien“ verändert?

Text: Mara Verlic, Justin Kadi

37 IMPRESSUM

38 HAUPTSTADT DES ABENDLANDES

Nach den Wien-Wahlen: HC Strache ist Bürgermeister von Wien geworden. Einen Blick in die Zukunft werfen die Gebrüder Moped.

Rubriken

40 KOLUMNEN

Martin Schenk über die Ökonomisierung des Schlafes. *Philipp Sonderegger* über den Zusammenhang von schlankem Staat und Asylchaos.

Clara Akinyosoye kritisiert den neu belebten Nutzbarkeitsdiskurs über Asylsuchende.

42 BÜCHER, VERANSTALTUNGEN

Der aufhaltsame Aufstieg des Johann G.; Wienwoche; derive - ur6anize

43 SPOTLIGHT

Zwei interessante Gruppierungen wollen ab dem 11. Oktober aus dem Rathaus Wien verändern: Das linke Bündnis „Wien anders“ und die Liste Turgay Taskiran.

Text: Gerfried Balzer

45 SOS MITMENSCH

Wahlen für alle: Schon am 6. Oktober: Pass egal Wahl!

46 ANDERE ÜBER...

Reinhold Lopatka, ÖVP-Klubobmann, zur Frage, was Österreichs Identität ausmacht.

Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr
Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at



Alle Menschen sind frei
und gleich an Würde
und Rechten
geboren.



Kein Recht auf lückenloses Glück?

Thomas arbeitet als Ingenieur. Seit er und sein Mann Tibor ein Pflegekind aufgenommen haben, leben sie als Regenbogenfamilie in Wien. Dass er schwul ist, hält Thomas vor seinen KollegInnen jedoch geheim, um Diskriminierungen zu vermeiden.

Eine Studie der Stadt Wien zeigt: Die Hälfte der Lesben, Schwulen und Transgender-Personen sind im Job nicht geoutet. Machen Sie sich mit uns gemeinsam stark für eine diskriminierungsfreie Arbeitswelt. Mehr Infos unter www.queer.wien.at



WIENER ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE
FÜR GLEICHGESCHLECHTLICHE UND
TRANSGENDER LEBENSWEISEN

Stadt  Wien

Bezahlte Anzeige



**ES GIBT IM LEBEN
GENUG, DAS
NICHT PASST.
JOBS, DIE PASSEN.**
24 Stunden online und jeden
Samstag in der Zeitung.

[derStandard.at/Karriere](https://www.derstandard.at/Karriere)



UN/SICHERHEIT

Vorsicht, weniger Kriminalität!

Die Kriminalitätsrate sinkt, die Aufregung über Kriminalität steigt jedoch. Verantwortlich dafür sind Boulevardmedien und perfide Identitätspolitik.

Kommentar: Alexander Pollak

Boulevardmedien liefern dieser Tage mehr Dramatik als je zuvor. Der Wettkampf um den ultimativen Aufreger führt dazu, dass Kriminalfälle auch und gerade in Zeiten sinkender Gesamtkriminalität nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet werden. Auch Parteien nutzen Kriminalität für ihre Zwecke. Mit gezielt ausgewählten Fällen versucht etwa die FPÖ den Beweis dafür zu erbringen, dass Einwanderung eine Bedrohung für Leib und Leben darstellt. MigrantInnen sollen als gefährliche Kategorie Mensch gebrandmarkt werden.

Die Statistik scheint der FPÖ auf den ersten Blick Recht zu geben. Der Ausländeranteil in Österreich lag Ende 2014 bei 13,3 Prozent, der Anteil von AusländerInnen bei den Tatverdächtigen lag hingegen bei 35 Prozent. Stellen also die in Österreich lebenden NichtösterreicherInnen eine besondere Gefahr dar?

KriminalitätsforscherInnen sagen ganz klar „Nein“. Der von der Statistik wiedergegebene Ausländeranteil spiegelt nämlich nicht die Realität wieder. In Wahrheit halten sich nicht nur die etwas über 1,1 Million offiziell registrierten AusländerInnen in Österreich auf, sondern ein Vielfaches davon.

Mehr als 25 Millionen AusländerInnen nächtigten im Jahr 2014 als TouristInnen in Österreich. Zusätzlich kommen tagtäglich Menschen als PendlerInnen über die Grenze, um in Österreich zu arbeiten, ohne hier niedergelassen zu sein. Und Millionen nutzen jährlich österreichische Verkehrs-

wege und damit Österreich als Transitroute via Flughafen, Straßen und Bahn.

Insgesamt hielten sich im Jahr 2014 somit nicht nur 1,1 Millionen, sondern deutlich mehr als 30 Millionen NichtösterreicherInnen teils kurzfristig, teils längerfristig in Österreich auf. Das heißt, es sind im Verlauf eines Jahres mehr als dreimal so viele NichtösterreicherInnen wie ÖsterreicherInnen auf österreichischem Boden unterwegs.

Falsche Relationen

Der Anteil der Tatverdächtigen ohne österreichische Staatsbürgerschaft muss also zu einer ganz anderen Größe in Bezug gesetzt werden als lediglich zu den Personen, die in Österreich ihren Lebensmittelpunkt haben. So erklärt sich auch, warum eine Studie des Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie zum Schluss kommt, dass die Kriminalitätsrate unter den in Österreich niedergelassenen NichtösterreicherInnen nicht signifikant von der Kriminalitätsrate der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft abweicht.

Eine Ausnahme gibt es jedoch: Asylsuchende. Sie sind als Tatverdächtige überrepräsentiert. Das hat mehrere Gründe. Der wichtigste ist, dass ihre demographische Struktur atypisch ist. Etwa drei Viertel von ihnen sind Männer. Von den in Österreich angezeigten Tatverdächtigen sind (unabhängig von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus) 80 Prozent Männer. Bei den schweren Verbrechen sind es sogar mehr als 85 Prozent.



Illustration: Petja Dimitrova

Auch das Alter spielt eine große Rolle. Personen jüngerer und mittlerer Alters sind in der Kriminalstatistik überrepräsentiert, ältere Menschen unterrepräsentiert. Das sind, neben der Tatsache, dass Asylsuchende weitgehend aus dem Erwerbsleben und oftmals auch aus dem Bildungsbereich ausgeschlossen sind und es darüber hinaus eine Reihe an Straftatbeständen gibt, die ausschließlich NichtösterreicherInnen und hier insbesondere Asylsuchende betreffen, die wichtigsten Faktoren, die zu ihrer Überrepräsentation in der Kriminalitätsstatistik beitragen. Auch ihre vielfach prekäre Unterbringungssituation auf engstem Raum führt zu einer höheren Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die auch tötlich werden und zu Anzeigen führen können.

Insgesamt ist die Kriminalität in Österreich jedoch in den vergangenen 10 Jahren teils deutlich gesunken. Die Gesamtkriminalität ging laut Bundeskriminalamt zwischen 2004 und 2014 um mehr als 18 Prozent zurück, von 644.000 auf 528.000 angezeigte Fälle. Und das trotz gestiegener Bevölkerungszahl. Die Aufklärungsquote stieg im gleichen Zeitraum von 38,1 Prozent auf 43,1 Prozent. Österreich ist also sicherer geworden. Zugleich ist das Land zu einer Spielwiese eines aggressiven Boulevards und einer derzeit im Aufwind befindlichen Partei, die Identität als Waffe benutzt, um einen Keil zwischen Menschen zu treiben, geworden. Sicherheitsgefühl und Lebensqualität leiden darunter.

ICH SEHE MICH NICHT ALS HELDIN

Tom Neuwirth hat 25 Jahre damit verbracht, nicht zu gewinnen, sagt Conchita Wurst. Doch dann schuf er sie, sein Alter Ego, eine schillernde Dragqueen mit Bart, die den Eurovision-Songcontest gewann und nun international Karriere macht. Conchita Wurst über fließende Identitäten, Schönheitsideale, verspürten Druck und darüber, was Tom Neuwirth mit Clark Kent verbindet.

*Interview: Clara Akinyosoye
Fotos: Karin Wasner*

Tom Neuwirth hat Conchita Wurst geschaffen. Ist Conchita Wurst eine Kunstfigur oder eine Identität von Tom Neuwirth?

Conchita Wurst: Ich würde nicht so weit gehen, zu sagen, dass ich als Conchita eine eigene Identität darstelle. Sie ist eine so starke Facette meiner Persönlichkeit, dass sie einer eigenen visuellen Erscheinung bedarf.

Sie nimmt jedenfalls einen großen Teil Ihres Lebens ein. Wie viel Platz hat Conchita Wurst, jetzt wo Sie so viel Erfolg haben. Und wieviel Platz hat Tom Neuwirth noch?

Viele glauben das nicht, aber es ist sehr ausbalanciert. Es ist eigentlich 50/50. Früher war ich zu 20 Prozent Berufs-Dragqueen und jetzt bin ich es zu 50 Prozent. Ich mache viele Dinge ohne Make-up und Perücke. Wenn ich mich nach einem langen Tag abschminke, die Perücke runter nehme, die

Schuhe und die Miederwäsche ausziehe, dann ist das eine Befreiung. Eine Entspannung, die tiefer ist, als wenn ich nach einem langen Arbeitstag nur meine Sneakers wegschmeißen und mich auf die Couch legen würde. Ich sage das nicht, weil ich jammern will. Ich glaube jede Drag-Queen würde mir da zustimmen: Es ist schon auch mit sehr viel Schmerz verbunden. Ohrenclips spürst du vielleicht tagsüber nicht, aber wenn du sie abends runternimmst, glaubst du dir fallen die Ohrläppchen ab. Schon allein deswegen ist es sehr ausbalanciert. Und selbst wenn es dann mal mehr Conchita ist, gibt es immer noch diese Momente, wo Tom im Hotelzimmer ist, und dann fühle ich mich kurz so, als ob ich den ganzen Tag nichts gemacht hätte.

Haben denn die erfolgreichen Jahre als Conchita Wurst Einfluss auf Tom Neuwirth?

Es hat sich viel geändert. Zum Beispiel, dass Träume keine Träume mehr bleiben. Banale Dinge, die mich inspirieren, können zu einem Konzept für ein Video werden oder zu einem Musiktext. Ich habe 25 Jahre meines Lebens damit verbracht nicht zu gewinnen. Jetzt hab ich gewonnen und ich hab mich noch immer nicht daran gewöhnt. Es ist für mich deshalb immer noch ein Privileg in der Früh aufzuwachen, aufzuschreiben was ich geträumt habe, und es irgendwo in dem, was ich kreativ schaffe, wiederzuentdecken. Im Vorfeld war ich zwar auch kreativ und habe eine Kunstfigur erschaffen und ein Konzept für mich erarbeitet, aber wenn ich jetzt mit einer Idee zur Plattenfirma gehe, ist das schon was anderes. Natürlich wird man auf ein anderes Level katapultiert, wenn man auf so einer Plattform (wie dem Eurovision-Song-Contest, Anm.) diese immense Aufmerksamkeit bekommt.



Conchita Wurst: „Ich habe die Hülle, in der ich lebe, genommen und das Beste draus gemacht.“

Im fiktionalen Film gibt es viele spannende Alter Egos, die Superhelden sind. Die bürgerlichen Persönlichkeiten sind oft unterschätzt, stehen nicht auf der Gewinnerseite des Lebens. Nehmen wir Clark Kent und Superman als Beispiel. Ist das bei Tom Neuwirth und Conchita Wurst ähnlich?

Das hört sich bekannt an. Wenn man es streng nimmt, habe ja ich gewonnen und nicht Tom. Und Tom zahlt die Rechnungen und macht die Wäsche. Das finde ich großartig. Also ja, das ist ähnlich, nur mit dem Unterschied, dass ich mich nicht als Heldin sehe. Ich war als Tom aus Starmania bekannt und eine Zeitlang gab es die Aufmerksamkeit. Aber damals wollte und konnte ich nicht verstehen, warum Menschen mich um ein Autogramm oder Foto bitten, obwohl ich gerade privat unterwegs war. Ich war wahnsinnig genervt davon; ich konnte damit nicht umgehen. Ich dachte, dass das einfach nichts für mich ist und habe die Schule fertig gemacht. Meine Lie-

VIELE HABEN ERST DURCH DEN SONGCONTEST VERSTANDEN, WAS DIE LGBTIQ-COMMUNITY IST.

be zum Gesang und zur Bühne ging aber nicht weg. Und dann habe ich für mich das Konzept gefunden, wie ich mein Leben zu 100 Prozent genießen kann.

Conchita Wurst bricht mit Geschlechtervorstellungen, aber dennoch ist das, was sie repräsentiert, eine schöne, schlanke, junge Frau, also das gängige weibliche Schönheitsideal. Was ist Ihre Vorstellung von Weiblichkeit?

Meine Großmutter hat mich in meiner Wahrnehmung geprägt, was elegant und weiblich ist. Sie ist eine Diva. Und ich liebe Diven. Wenn eine Frau lange Haare hat, ist das für mich weiblich, aber wenn ein Mann lange Haare hat und das gut passt, sieht das auch toll aus. Es verschwimmt. Es gibt für mich diese Stereotypen nicht. Ich finde visuelle platte Schönheit in jedem einzelnen Menschen, den ich sehe. Somit lebe ich ein Konzept, wo Schönheit weder Alter noch Kleidergröße hat. Nichtsdestotrotz bin ich nun mal in diesem Körper, und ich weiß, dass viele Frauen mich darum beneiden, aber mein Großvater hat die gleiche Figur wie ich. Ich habe die Hülle, in der ich lebe, genommen und das Beste draus gemacht.



Habe für mich das Konzept gefunden, wie ich mein Leben zu 100 Prozent genießen kann.

Nach Ihrem Sieg beim Songcontest war es auf einmal fast schick, eine Frau mit Bart zu sein. Man hatte das Gefühl, allein durch Ihren Sieg sei Österreich toleranter geworden. Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht, ob Sie und Ihre Botschaft auch so angekommen wären, wenn es nicht Platz 1, sondern Platz 15 geworden wäre?

Ich glaube, dass der Sieg so unerwartet war, dass dadurch alles einen viel größeren Impact hatte. Bis zum Finale war in Österreich alles mit meinem Gesicht und meinen Statements vollgeplastert. Die Menschen konnten nicht anders als sich mit mir zu beschäftigen und mit der Frage: Was ist denn das alles überhaupt? Und ich glaube tief und fest daran, dass Respekt und –

wenn man ganz pathetisch sein will – Frieden an Wissen gekoppelt sind. Ich denke, dass viele erst durch den Songcontest verstanden haben, worum es mir geht, was die LGBTIQ-Community bedeutet und was es alles gibt. Die Menschen haben angefangen, selbst zu denken. Ich glaube, das wäre nicht ausgeblieben. Natürlich gab es – von mir aus – auch gespielte Toleranz, die man sich in der Öffentlichkeit ans Revers gehaftet hat. Aber wenn man in der Öffentlichkeit respektvoll miteinander umgeht, ist das ein Schritt in die richtige Richtung.

Sie haben oft gesagt, dass Sie nicht Sprecherin für eine Gruppe sind. Dennoch werden Sie als Botschafterin der Toleranz und Sprecherin der LGBTIQ-Community gesehen. Wie stark spüren Sie Druck oder Verantwortung?

Ich habe da einen wahrscheinlich ziemlich unhöflichen Zugang: Ich spüre keinen Druck, weil ich nie etwas versprochen habe, weil ich nur das machen und sagen kann, was ich bin und woran ich glaube. Wenn es um die Community geht, sage ich immer: „Seid nicht irritiert, wenn ich etwas anders mache, als ihr euch das erwartet hättet. Erwartet nichts von mir. Ich mache mein Ding.“ Ich versuche Erwartungshaltungen aus meinem Leben zu verbannen. Denn man wird zu 90 Prozent enttäuscht.

Einige Menschen reagieren sehr negativ auf Sie. Das sieht man in sozialen Netzwerken besonders deutlich. Verstehen Sie, dass Menschen sich von Ihnen und dem

...deswegen kann ich mich nicht in dieses fertige Identitätskonzept festklammern lassen.



Ich möchte zur besten Version meiner selbst werden...

Verwischen der Geschlechtergrenzen bedroht fühlen?

Ich verstehe nicht, wie man sich mit etwas, das man nicht mag, auch nur eine Minute auseinandersetzen kann. Sowas mache ich nicht. Ich habe wirklich immer das Bedürfnis diesen Menschen für die Aufmerksam-

**IDENTITÄT IST
UNGLAUBLICH WICHTIG.
ABER EIN TEIL DAVON
SOLLTE FLIESSEND SEIN.**

keit zu danken. Denn sie reden über mich und ich werde zum Thema gemacht. Und im besten Fall wird darüber diskutiert, warum sie nicht mögen, was ich tue. Und wenn ich Glück habe, ist in dieser Runde jemand, der sagt: Was ist denn dein Problem? Aber es könnte mich nicht weniger tangieren,

was Menschen über mich denken – wenn es um Negativität geht. Komplimente hört jeder gerne. Ich bin nicht beratungsresistent, ich nehme Kritik, aus der ich einen Benefit ziehen kann, offen und dankbar an. Aber wenn es einfach nur Verbaldurchfall ist, habe ich dafür keine Aufmerksamkeit.

Was bedeutet Identität für Sie?

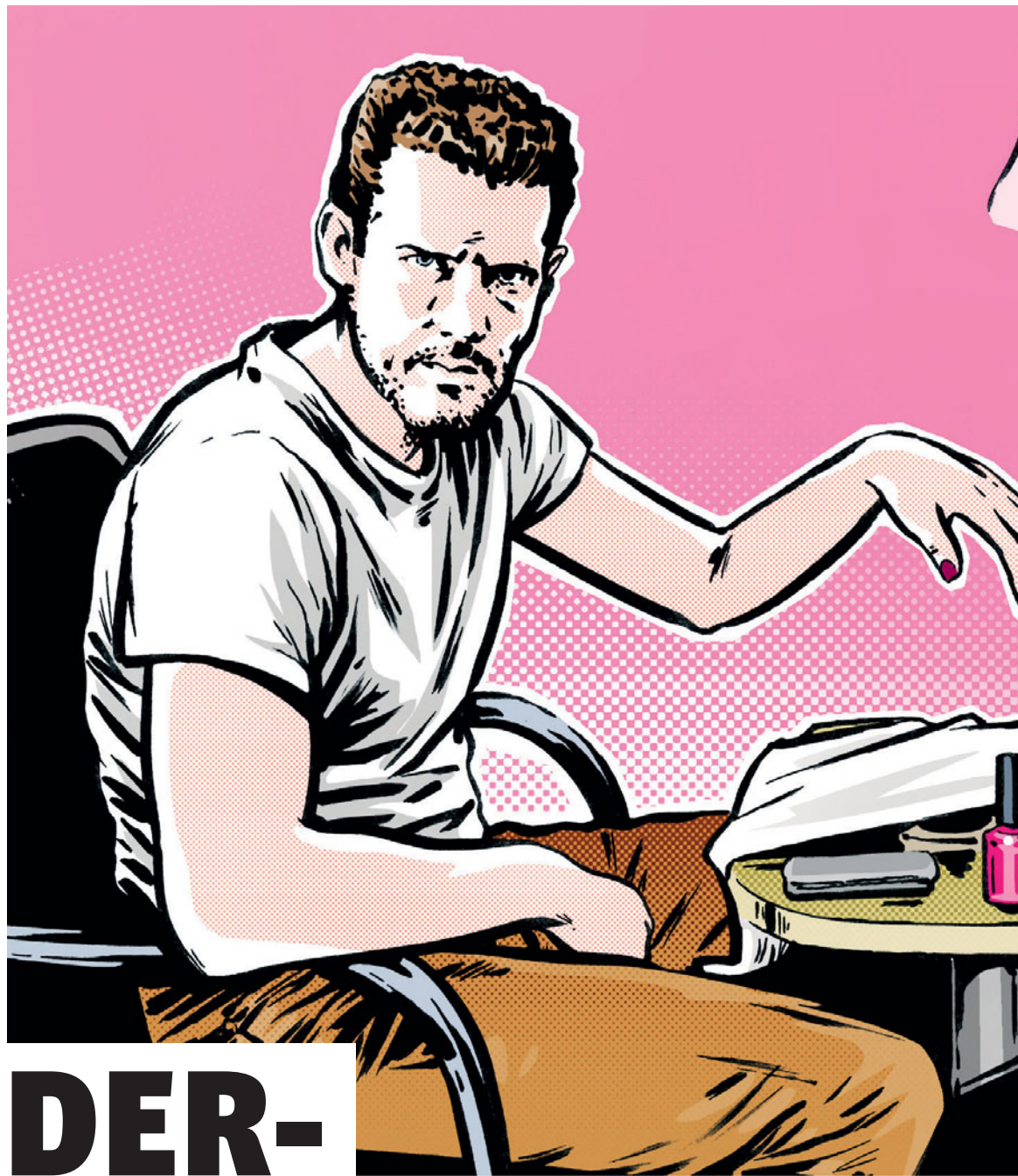
Identität ist etwas unglaublich Wichtiges. Die Grundzüge der Identität sind manifestiert, aber dann gibt es einen Teil der Identität, der fließend sein sollte. Ich möchte zur besten Version meiner selbst werden. Deswegen kann ich mich nicht in dieses fertige Identitätskonzept festklammern lassen.

Sie haben viele Fans, die Kinder sind. Was sagen Sie einem Kind, das bei der Autogrammstunde fragt, ob Sie ein Bub oder ein Mädchen sind?

Erstmals denk ich mir: Oh, danke. Die Illusion funktioniert! Komischerweise werde ich das von kleinen Kiddies nie gefragt. Denen ist das meist klar. Entweder sie glauben, ich bin ein Junge in Mädchenkleidern oder sie glauben, ich bin ein Mädchen, das sich einen Bart aufmalt. Und wenn sie dann fragen, warum ich mir einen Bart aufmale, erkläre ich ihnen das. Dann fragen sie, ob das ist wie Fasching. Und ich sage; Ja, wie Fasching, aber das ganze Jahr.

Wird Tom Neuwirth eines Tages ein Comeback auf der Bühne feiern?

In der ersten Phase meiner Karriere konnte ich nicht mit der Aufmerksamkeit umgehen. Vielleicht kann ich in 20 Jahren auch ohne all dem auf der Bühne stehen. Obwohl ganz ohne Mascara wohl nicht. Aber ich weiß es nicht. Das ist meine Hintertür.



GENDER- WAHNSINN

Gendermainstreaming ist eines der erklärten Feindbilder von Rechtskonservativen. Sie sind damit aber auf dem falschen Dampfer. Unsere Dienstleistungsgesellschaft von heute fragt vor allem nach Männern mit neuen Social skills.

*Text: Johanna Müller
Illustration: P.M. Hoffmann*



Buben, die schon im Kindergarten lernen, Nägel zu lackieren, schwule Ampelmännchen, Binnen-Is in Schulbüchern, Strafzettel, die allen Ernstes davon ausgehen, dass auch Frauen Autos lenken, Männer als Frau mit Bart: Rechtskonservative Kräfte treibt der „Genderwahnwitz“ regelmäßig an den Rand des Nervenzusammenbruchs. Dann verschicken sie OTS-Meldungen oder plakatieren „echte Frauen“, wie der Ring Freiheitlicher Studenten im vergangenen Sommer – zur visuellen Ordnung der Gedankenwelt. Das ist mitunter drollig, aber eigentlich ein Problem. Tradierte Männlichkeitsideale werden in unserer Gesellschaft immer seltener nachgefragt.

„Weibliche“ Skills gefragt

„Es gibt wahrscheinlich genug Männer, die das Rad der Zeit am liebsten zurück drehen würden“, sagt Marc Pointecker, Leiter der Gruppe B für sozialpolitische Grundsatzzfragen im Sozialministerium. Zu dieser Gruppe gehört auch die Abteilung Fünf: „Männerpolitische Grundsatzzfragen“. Pointecker sitzt damit aus der Sicht mancher an einer der Schaltstellen des Genderwahnwitzs. „Die Bedingungen für die vermeintlich gute alte Zeit sind aber nicht mehr da. Es wäre deshalb wichtig, dass sich die Rollenvorstellungen, die manche noch im Kopf haben, wieder mehr der Realität annähern“, sagt er. Diese neue Realität sieht so aus, dass das, was als traditionell männ-

lich gilt, heute immer weniger gefragt ist: In der Arbeitswelt der de-industrialisierten Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften werden Flexibilität, Einfühlsamkeit, Teamgeist und Kompromissbereitschaft verlangt. Eigenschaften, die traditionell als weiblich und nicht als Teil tradierter Männlichkeitsbilder gelten. Starre Muster wie diese werden heute zum Problem, sagt Nils Pickert: „Die Gesellschaft hat sich weiterentwickelt. Heute stellen wir an Menschen allgemein die Anforderung, dass sie sozial einigermaßen kompetent sind.“ Pickert ist

MÄNNER LEBEN IN DER REGEL FÜR IHRE ARBEIT. AUCH WENN SIE VÄTER WERDEN.

Buchautor, Journalist und Vater von zwei Söhnen und einer Tochter. In der Tageszeitung „Der Standard“ schreibt er die Kolumne „Mann könnte ja mal...“, in der er sich mit Geschlechterfragen beschäftigt. „Wenn wir nicht aufhören, bestimmte Eigenschaften geschlechtstypisch zu labeln, erlauben wir den Männern nicht, sich Fähigkeiten anzueignen, die Erfolg versprechend sind.“ Doch in der Dienstleistungsgesellschaft wird nicht nur Einfühlsamkeit wichtiger, zugleich steigt auch der Konkurrenzdruck am Arbeitsmarkt, während gering qualifizierte Jobs verschwinden. Hohe formale Bildung bedeutet nicht mehr automatisch sozialen Aufstieg. Mit nur einem Einkommen finden Familien oft nicht mehr das Auslangen. Bleiben damit Männer zurück, wenn sie sich nicht ändern dürfen?

Identität durch Status

Männer sind ein privilegiertes Geschlecht. 95 Prozent der top 500 CEOs, die das Fortune Magazine jährlich listet, sind männlich – ebenso wie 93 Prozent aller Regierungschefs und 98 Prozent aller Milliardäre laut Forbes. Der durchschnittliche Stundenlohn von Männern liegt etwa 20 Prozent höher als der von Frauen. Männer leben in der Regel für ihre Arbeit. Auch

wenn sie Väter werden, schieben sie Überstunden, dann mitunter erst Recht, verweist Marc Pointecker auf eine Studie. Der Psychologe Romeo Bissuti, Leiter des Männergesundheitszentrums MEN in Wien, erklärt das so: „Der entsprechende klassische Männlichkeitsentwurf beruht auf Status und Macht.“ Der fatale Kurzschluss sei, dass „viele Männer glauben, nur wenn sie einen hohen Status haben, sind sie ein richtiger Kerl.“ Zu Bissuti kommen Männer oft erst dann, wenn sie eine Krise erleben: Wenn die Partnerin sie verlassen hat, sie am Arbeitsplatz gemobbt werden, wenn sie schwer erkranken, Erektionsstörungen oder Depressionen haben oder wenn sie bereits daran denken, sich umzubringen. Die meisten Männer kommen überhaupt nur ins Zentrum, weil sie vom Arbeitsplatz oder einer Partnerin geschickt werden. Die Vorstellungen von Männlichkeit sind so wirksam, dass Männer blind werden für die Gewalt, die sie sich selbst und anderen antun: „Der Gedanke ist der: Entweder ich habe einen entsprechenden Status oder mein Leben ist nicht lebenswert“, sagt Bissuti.

Der Preis für das Leben an der Spitze der Geschlechterordnung ist hoch. „Identität ist generell ein problematisches Konstrukt und mit hohen Kosten verbunden, weil sie von Machtprozessen durchzogen ist“, sagt Bissuti. Die klassisch männliche Identität, die alles, was weich und verletzlich ist, ausschließen muss, ist besonders risikoreich und befördert einen entsprechenden Lebensstil. Statistisch bedeutet das: Männer sterben früher als Frauen, sie nehmen sich häufiger das Leben, landen schneller im Gefängnis. 79 Prozent aller Mordopfer weltweit sind männlich. Sucht, Schulabbruch, Gewalt gegen sich und andere, Burnout, Bluthochdruck, Herz-Kreislauferkrankungen – all das betrifft vor allem Männer.

Bildungsmanko

Es ist eigentlich die Ökonomie mit ihrem Bedarf an Social skills und Qualifikationen, die die Identitätsfrage aufwirft. Durchsetzungsstark und wettbewerbso-

rientiert sollen Männer außerdem noch sein. Die ökonomische Entwicklung gestaltet sich für gering qualifizierte Männer besonders schwierig. „Wir stellen fest, dass auch Männer zunehmend armutsgefährdet sind. Leiharbeit zum Beispiel ist stark männerdominiert“, sagt Marc Pointecker. Diese Männer haben dann ein doppeltes Problem: Zur marginalisierten sozialen Position kommt ihre Demütigung als Mann. Es sind die gering qualifizierten Männerjobs in der Industrie, die durch neue Technologien und die Globalisierung des Kapitals verschwinden. Wer nur einen Pflichtschulabschluss hat, ist heute schnell Außen vor, während Mundl Sackbauer damit noch eine Familie ernähren konnte.

Für den Schweizer Markus Theunert heißt es in dieser Situation, aufzupassen – und zu reagieren. Theunert war der erste Männerbeauftragte des Kantons Zürich. „Eine Reaktion auf die erlebte Verunsicherung wird sein, sich an alten Mustern festzukrallen, was nicht viel bringen wird, oder aber sich davon zu lösen.“ Den Soziologen beschäftigt die Frage, was mit denen passiert, die in der Schleife männlich = mäch-

MUNDL SACKBAUER KONNTE GERING QUALIFIZIERT NOCH EINE FAMILIE ERNÄHREN.

tig gefangen bleiben. „Meine Sorge ist, dass man diese Jungs, weil sie zum Beispiel gewalttätig werden, als Störenfriede identifiziert und ihr Problemverhalten individualisiert. Ich sehe da aber eine ausgeprägte soziale Mitverantwortung. Die Gesellschaft als Ganzes hat versagt, lebbare zukunftsfähige Rollen anzubieten.“

Männer mit Kinderwägen

Sven Philipp und Martin Rheinländer sind zwei Berliner in ihren Dreißigern. Sie sind Gründer der Plattform „Männlichkeit stärken“. Zu ihnen kommen vor allem Männer, die es schwer finden, Frauen anzusprechen, die Probleme mit ihrer Sexualität haben oder sich allgemein schlecht fühlen. Aus ihrer Perspektive besteht das Problem



Nils Pickert schreibt eine Männer-Kolumne in der Tageszeitung Der Standard.

nicht in einem zuviel an Männlichkeit, sondern im zu wenig. „Vielen Männern fehlt eigentlich eine männliche Identität. Extreme Weichheit und extreme Härte sind der Ausdruck davon“, sagt Sven Philipp. Es fehle vor allem an männlichen Vorbildern, an Erziehern in den Kindergärten zum Beispiel, die „auch mal mit den Jungs in den Wald gehen, um richtig wild zu sein.“ Risikoverhalten wie S-Bahnsurfen und Komasaufen seien das Ergebnis von Bewegungs- und Ausdrucksmangel einerseits und fehlender ritualisierter Übergänge in das Mannsein andererseits. „Es gibt keinen Vater mehr, der sagt, Junge, Du bist ein guter Mann geworden.“ Tatsächlich finden Mädchen oft weniger risikobehaftete Antworten auf Orientierungslosigkeit. Lob und positive Bestärkung seien in jedem Fall wichtig und zentral. Für Romeo Bissuti ist der „männliche Kern“ nicht die Lösung, sondern das Problem. „Identitätskonstrukte sind ausschließend. Die Suche nach der männlichen Identität führt dann zu einer Art Ich-AG. Man sucht eine individuelle Lösung und bestätigt die Bedingungen, die einen eigentlich unterdrücken.“ Auch Nils Pickert sieht das ähnlich: „Statt bestimmte Eigenschaften als männlich zu identifizieren und einzufordern, wäre es besser, zu sagen: Männliche Identität ist das, was ich als Mann tue, egal ob ich fürsorglich bin, weich oder hart.“

Tatsächlich sieht man auch heute schon Männer auf der Straße, die den Kinderwagen schieben. Es soll auch schon Männer geben, die in Familienkarenz gehen,



Marc Pointecker, Sozialministerium: Rollenvorstellungen sollten sich wieder mehr der Realität annähern.

die Veränderungen sind bislang aber eher zögerlich. Ausbildungen wie Kindergärtner oder Krankenpfleger ziehen nur wenige in Betracht, auch wenn Lehrstellen immer knapper werden. Auch die Pflege von Angehörigen, Kindererziehung, Arbeit im Haushalt sind in der Regel Frauensache. EU-weit leisten Männer in der Woche neun Stunden Hausarbeit, etwas mehr als die Amerikaner immerhin, und Frauen 26 Stunden, wie Markus Theunert anhand einer Studie von Eurofund zeigt. Auch wenn sie Väter werden, sind Männer offenbar nur schwer aus dem Büro wegzukriegen: In Österreich hat sich laut Arbeiterkammer der Anteil männlicher Kindergeldbezieher seit 2006 von acht Prozent mehr als verdoppelt, aber zwei Drittel der Väter mit Karenz gehen spätestens nach drei Monaten wieder zurück in den Beruf. Männer, so die zuständige AK-Expertin Ingrid Moritz, orientierten sich an der „kürzestmöglichen Bezugsdauer“, Frauen an der längstmöglichen. „Das heißt nicht, dass die Väter nicht gern bei ihren Kindern bleiben wollen“, sagt Marc Pointecker. Im Gegenteil: Eine andere Studie der Arbeiterkammer habe gezeigt, dass Männer, die in männerdominierten Branchen arbeiten, gerne weniger arbeiten würden, um mehr Zeit mit ihrer Familie zu verbringen. Das Problem seien nicht die Väter, meint Pointecker. „Wir haben in Österreich eine ausgeprägte Überstundenkultur. Männer haben Angst, ihren Job zu verlieren, wenn sie in dieser Kultur dann mehrere Monate zu Hause bleiben.“ Hinzu käme, dass viele Eltern nicht auf das



Markus Theunert, Männerbeauftragter in der Schweiz: Nicht in der Schleife „männlich = mächtig“ gefangen bleiben.

(höhere) männliche Einkommen verzichten können. „Es läuft dann darauf hinaus, dass die Männer weiterhin Vollzeit arbeiten und sogar Überstunden machen, um das Familieneinkommen zu optimieren. Das ist nicht im Einklang mit dem, was die Männer wollen.“

Der Teilzeitmann

„Der Wurm muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler“, formuliert es Markus Theunert. Soll heißen: „Die Frage ist eigentlich, wie man die Väter selbst

MÄNNLICHE IDENTITÄT IST, WAS ICH ALS MANN TUE, EGAL OB WEICH ODER HART. NILS PICKERT.

zu Agenten des Wandels machen kann.“ Kampagnen appellieren an Männer oft als die passiven Empfänger, wenn es um Fairness geht. Für Theunert ist das zu kurz gegriffen. „Es ginge darum, Männer zu Mitgestaltern der Veränderungen zu machen. Natürlich tragen Männer auch individuell Verantwortung, die Lösung muss aber eine gesellschaftliche sein.“ Vor kurzem hat die Plattform Männer.ch eine Kampagne für den *Teilzeitmann* gestartet: Dabei wurde der Teilzeitmann, dargestellt mit einem T auf der Brust wie einst das S von Superman, zum modernen Helden stilisiert – ein Zugang, den Theunert zuerst „unerträglich“ fand, weil er für heroisch erklärte, „was doch nur anständig ist“. Die Kampagne war dann sehr erfolgreich. „Wir ha-

ben gesehen, dass es unglaublich wichtig ist, dass der Betrieb Teilzeit von Männern unterstützt; dass der Betrieb klar sagt, ‚Du bist als Arbeitnehmer immer noch ok, auch in Teilzeit.‘“

Schweden mit einer Väterkarenzquote von 25 Prozent gilt vielfach als große Vorbild. „In Schweden sind Männer mit Kinderwagen eine Selbstverständlichkeit“, sagt Romeo Bessuti. „Das ist aber nicht einfach so passiert. Es ist das Ergebnis staatlicher Regulation.“ 480 Tage Karenz stehen schwedischen Eltern zu. Bezahlt werden bis zu 100 Euro täglich, um das entgangene Einkommen zu ersetzen. Teilen sich die Partner die Karenz zu gleichen Teilen auf, erhalten sie eine Prämie von 1.400 Euro je Kind. Nachdem die Frauen aber immer noch 75 Prozent der Karenz machen, reichen die Maßnahmen offenbar nicht aus, um beiden Geschlechtern ein ausgeglichenes Verhältnis von Erwerbs- und Familienleben zu ermöglichen. „Die schwedische Gleichstellungspolitik ist mit gesellschaftlichen Weichenstellungen verbunden, die mir zumindest diskutabel erscheinen“, sagt Markus Theunert. Er ist selbst Vater einer Tochter. „Sie geht an drei Tagen in die Kita. Unter der Woche teilen meine Frau und ich uns die Arbeit auf. Das funktioniert gut. Bei der Variante, dass beide 100 Prozent arbeiten und das Kind geht an fünf Tagen in der Woche in die Kita, habe ich den Verdacht, dass es da mehr um die Bedürfnisse des Kapitalismus geht, als um Gleichberechtigung.“ Er findet es problematisch, wenn Gleichstellungspolitik dazu genutzt wird, beiden Geschlechtern das „männliche Herrschaftsprinzip von Fremd- und Selbstausbeutung“ aufzuzwingen. Es ist eben nicht viel gewonnen, wenn statt der Männer nun Frauen in der Arbeit verschlissen werden oder beide. „Nach gängigen kapitalistischen Kriterien schaffen es nur die Frauen, die bereit sind, den Eintrittspreis zu bezahlen, indem sie 60-Stunden-Wochen schieben und sich eine entsprechende Ellenbogenmentalität zulegen.“

Damit wären wir dann wieder beim alten Genderwahnsinn. Nur mit umgekehrten Vorzeichen.

DAS WÄRE GESCHICHTLICHER NONSENS

Sie hat an einer österreichischen Schule in Istanbul maturiert. In Innsbruck erlebte sie keinen Kultur- sondern einen Sprachschock. Alev Korun, umtriebige Menschenrechtssprecherin der Grünen, im Gespräch über Identitätspolitik, Arnold Schwarzenegger und ihren Erstkontakt mit der Fremdenpolizei.

Interview: Gunnar Landsgesell

Sie haben in Istanbul an einer österreichischen Schule, dem katholischen St. Georgs-Kolleg, maturiert. Wie sind Sie dorthin gekommen?

Alev Korun: Das war ein Zufall, aber auch ein Wunsch meiner Eltern, dass ich Sprachen lerne. Damals hatte es zwei Aufnahmeprüfungen für ausländische Schulen gegeben. Je nach Punkteanzahl ist man in einer der Schulen aufgenommen worden. Ich hatte genügend Punkte für die österreichische Schule gehabt, die damals schon begehrt war. Die Schule ist auch bekannt für ihre strenge Erziehung.

Muss man vor Schulantritt bereits die deutsche Sprache beherrschen?

Überhaupt nicht, ich bin ohne Deutschkenntnisse mit elf Jahren in die Unterstufe gekommen. In der ersten Klasse hat man ungefähr 27 Wochenstunden Deutschunterricht, hat daneben ein paar Fächer wie Mathematik und Turnen. Aber das geht von Null auf Hundert.

Wissen Sie, wie es zur Gründung des St. Georgs-Kollegs, auf türkisch St. Georg Avusturya Lisesi ve Ticaret Okulu, kam?

Das ist eine katholische Ordensschule, mehr als hundert Jahre alt. Ausländische Schulen in der Türkei haben auch mit der Zeit des Osmanischen Reichs und der Öffnung zum Westen zu tun. Da wurden europäische Fremdsprachen wie französisch, deutsch, englisch gesprochen. Aus dieser Tradition stammt auch das St. Georgs-Kolleg.

War für Sie klar, dass Sie nach der Schule nach Deutschland oder Österreich gehen würden?

Am Anfang eigentlich nicht, da ging es um eine gute Ausbildung und die Fähigkeit, sich international verständigen zu können. Erst mit 18 Jahren wollte ich in die Welt hinaus, auf eigenen Beinen stehen.

Wurde Ihnen in dieser Schule auch ein bestimmtes Österreich-Bild präsentiert, vielleicht eine Art Mentalitätsgeschichte?

Eher weniger. Die Unterrichtssprache ist deutsch, die LehrerInnen sind zwar österreichisch, haben aber die Vorgabe, keinen Dialekt zu sprechen, weil auf vorarlbergisch oder tirolerisch könnten die SchülerInnen sicher nicht dem Unterricht folgen. Wir haben zwar ein bisschen über das Land erfahren, aber dass man uns Österreich erklärt hätte, das war eher nicht der Fall. 1980, zu meinem Schulantritt, hatten wir noch einige Ordensschwestern als Lehrerinnen. Die Begegnung mit diesen Frauen in ihren langen, schwarzen Gewändern war schon interessant, die meisten Kinder stammten ja nicht – mehr – aus christlichen Familien.

Interessant ist auch, dass es in Österreich keine türkische Schule gibt. Haben Sie eine Vermutung, warum?

Das stimmt, aber es gibt an vielen österreichischen Schulen Muttersprachenunterricht, man kann Türkisch als Freifach belegen. Und ich habe mehrere Anträge im Parlament gestellt, dass Türkisch so wie



Foto: gunt/shaked

Alev Korun: Die österreichische Identität ist nicht die gleiche wie vor 500 Jahren, das wäre geschichtlicher Nonsens. Aber mit der Belagerung der Osmanen wurde natürlich Jahrhunderte lang Politik gemacht.

Serbisch oder Ungarisch auch als 2. lebende Fremdsprache zugelassen wird. Immer noch gibt es bei vielen Leuten das Missverständnis, dass die ganze Matura dann in türkischer Sprache abgehalten würde. Es geht aber um ein Fremdsprachenfach.

Es scheint so, als fühlten sich viele Österreicher in ihrer „Identität“ bedroht, wenn auch Türkisch als Fremdsprache zugelassen würde. Ist das nachvollziehbar?

Ich glaube, das hat viel mit der Geschichtsdarstellung in Österreich zu tun, auch wie die so genannten „Türkenkriege“ im Schulunterricht vorkommen. An Geschichte ist immer spannend, an wen wie erinnert wird. Obwohl es in Österreich auch Kriege gegen die Franzosen gegeben hat, kommen sie nicht so stark als „Feindbild“ im Geschichtsunterricht vor wie die Osmanen. Wenn ich an Kinder türkischsprachiger Eltern denke, die in Österreich auf die Welt kommen, hier aufwachsen und sich großteils als Hiesige begreifen, und dann mit dem Bild totaler Aggressoren aus den „Türkenkriegen“ konfrontiert werden, glaube ich schon, dass das etwas mit einem macht. Vielleicht fühlt man sich dann nicht mehr so zugehörig, vielleicht denkt man sich: Was, ein Teil meiner Identität soll ein „Aggressor“ sein? Da wären positive Impulse sicherlich wichtig.

Es gibt Politiker, die sehen eine der „größten Leistungen“ der österreichischen Identität in der Abwehr der zwei Türkenbelagerungen.

Ich glaube, die österreichische Identität ist nicht die gleiche wie vor fast 500 Jahren (lacht). Das wäre geschichtlicher Nonsens. Aber mit der Belagerung der Osmanen wurde natürlich Jahrhunderte lang Politik gemacht, auch als identitätsstiftendes Merkmal, um ein Wir-Gefühl zu entwickeln.

Funktioniert das heute noch?

Feindbilder verändern sich ja auch, grundsätzlich ist das aber eine Leerstelle, die beliebig gefüllt werden kann. Wer ein Feind ist, ist austauschbar. Nach den Terroranschlägen vom 11. September hat „der Islam“ das „Ausländer“-Thema teilweise ersetzt. Ausländer sind ja die gesamte Welt außer Österreich, insofern ist das ein sehr breiter und diffuser Begriff. Durch „die“ Muslime, was ja auch noch sehr homogenisierend ist, und „die“ Türken wurde das in der Feindbildpolitik ein Stück weit abgelöst.

Wie haben Sie Österreich erlebt, als Sie nach dem St. Georgs-Kolleg, ich glaube, nach Innsbruck gekommen sind? Haben Sie sich willkommen gefühlt?

Das war sehr lustig, ich bin von der Großstadt Istanbul direkt nach Innsbruck gezogen, das mir sehr schnuckelig vorkam. Auf der Straße habe ich dann natürlich kaum ein Wort Tirolerisch verstanden, obwohl ich Deutsch ganz gut beherrscht habe. Deshalb sage ich auch scherzhaft: Ich hatte keinen Kulturschock, sondern einen Sprachschock in Innsbruck. Ich dachte: Wenn das jetzt Deutsch sein soll, was habe ich dann acht Jahre lang gelernt? (lacht)

Wie war damals die Stimmung?

Auf der Uni war das toll, da waren viele internationale Studenten, auch viele Südtiroler. Aber auf der Fremdenpolizei hatte ich ein verheerendes Erlebnis, wo ich – atmosphärisch gesehen – erstmals in meinem Leben das Gefühl hatte, wie der letzte Dreck behandelt zu werden. Ich

ARNOLD SCHWARZENEGGER WURDE ALS DOPPELSTAATSBÜRGER GOUVERNEUR VON KALIFORNIEN.

wurde zwar gesiezt, aber die Haltung war „Schleich di“, „Warum bist du hier?“ Ich habe das überhaupt nicht verstanden in meiner Aufbruchsstimmung: Ich war 19, freute mich darauf, hier zu studieren, neue Leute, ein neues Land kennen zu lernen.

Wie haben sich die Beamten der Fremdenpolizei verhalten?

Damals gab es noch keine Visapflicht für türkische Staatsangehörige, deshalb bin ich einfach eingereist und am nächsten Tag zum Meldeamt gegangen und zur Fremdenpolizei für das Studentenvisum. Dort unterstellte man mir, ich sei illegal eingereist, ich hätte schon in Istanbul um ein Visum ansuchen müssen. Ich war völlig verdattert. Ich konnte ja Deutsch und habe ihnen gesagt: Bitte, ich habe mich erkündigt, man braucht kein Visum für die Einreise. Die Beamten haben mich zwei Stunden verhört, samt Protokoll, das ich unterschreiben musste.

Hätte sich diese Frage nicht leicht klären lassen?

Eigentlich schon, das ganze war aber auch atmosphärisch interessant. Ich hatte zuerst

den Antrag für das Studentenvisum einer Beamtin gegeben, die einen Kollegen hinzugezogen hat. Die beiden haben sich vor mir unterhalten. Sie sagt: Da gibt es ein Problem, die Dame will hier studieren, als er sie unterbricht und sagt: Lass mich raten, und sie kann kein Wort Deutsch. Sie erwiderte: Doch sie spricht sogar ziemlich gut Deutsch... Ich dachte mir in diesem Moment: Was soll das jetzt sein? Diese beiden Leute kennen mich noch gar nicht, warum haben sie etwas gegen mich? Sie haben mit mir doch keine schlechte Erfahrung gemacht, warum also behandeln sie mich so?

War das ein Impuls, sich politisch mit Themen wie Gleichheit und Diskriminierung zu beschäftigen?

Ja, definitiv. Erfahrungen wie diese habe ich auch bei meiner Arbeit für andere Menschen gemacht. Wer aus bestimmten Ländern kommt und gesellschaftlich „tiefer“ steht als Andere, kann schnell von solchen Erlebnissen berichten. Denn spannend am Thema der Diskriminierung ist, dass sie für andere Menschen fast unsichtbar ist. Wer das nicht erlebt hat und das etwa von einem Freund erzählt bekommt, fällt aus allen Wolken, weil er oder sie sich das nicht vorstellen kann. „Du übertreibst ja“ ist dann eine häufige Reaktion.

Was hat sich seither verändert auf den Ämtern, in der Gesellschaft? Gibt es so etwas wie eine Willkommenskultur?

Natürlich hat sich einiges verändert, auch auf den Ämtern, da muss man fair sein. Die Willkommenskultur ist aber vor allem ein Schlagwort. Der Integrationsminister spricht dauernd davon, tatsächlich verweigert man den Leuten aber die Einreise, wenn sie die Sprache nicht gut genug sprechen. Insgesamt ist Österreich aber sicherlich bunter geworden. Auffällig ist, dass die Ablehnung von Zuzug mittlerweile ethnisiert und kulturalisiert wird. Das „Argument“, die Leute kommen aus einer anderen Kultur, deshalb könnten sie sich hier nicht „integrieren“, höre ich oft.

Das sind Ansätze einer neuen Identitätspolitik, die in ganz Europa bemerkbar sind. Was antworten Sie?

Ich antworte, dass die Vranitzkys, Buseks und Klestils auch einmal fremd waren und heute selbstverständlich Österreicher sind. Und dass die Mirkovics und Öztürks aus den 1960ern heute großteils schon



„Die Willkommenskultur ist vor allem ein Schlagwort. Der Integrationsminister spricht dauernd davon, tatsächlich verweigert man den Leuten aber die Einreise, wenn sie die Sprache nicht gut genug sprechen.“

heimisch sind. Gleichzeitig gibt es viele österreichische Identitäten, denn nur eine einzige zu behaupten, das wäre ein Konstrukt. Wenn von „dem“ Österreicher die Rede ist, frage ich immer, ob der Logenbesitzer beim Opernball oder der Hackler aus Simmering gemeint ist. Es sind zwar beide Österreicher, aber sie haben ziemlich sicher nicht den gleichen Lebensstil.

Das Konzept der Identität scheint politisch ganz fruchtbar zu sein, paradoxerweise für eine Partei der simplen Lösungen. Wie kommt das?

Bei der Frage, was Identität ist, spielt immer eine große Rolle, wer nicht dazugehören soll. Identität wird zumeist über Ausschluss definiert. Die österreichische Identität findet ja auch gerne in Abgrenzung zur deutschen Identität statt. Wer an slowenischsprachige Kärntner denkt, an Burgenland-Kroaten, Wiener Tschechen oder an Vorarlberger, der weiß aber, wie vielfältig die österreichische Identität ist.

Nobelpreisträger Amartya Sen plädiert in seinem Buch „Die Identitätsfalle“ für die Vielheit der Identitäten, die wir in einer Gemeinschaft ständig einnehmen: durch Klasse, Geschlecht, Beruf, Sprache, Hob-

bies, etc. Sen warnt, dass Identität als reduktionistisches Konzept auch töten kann, Stichwort religiöser oder politischer Extremismus. Wie böse sind Identitäten?

Nicht grundsätzlich, Identitäten sind fließend. Sie werden böse, wenn sie totalitär sind, wenn die Forderung erhoben wird, man möge nur eine Identität haben. Wenn andere Identitäten als Feindbilder definiert werden. Das entweder/oder, das in vielen Köpfen besteht, entspricht ja nicht der Wirklichkeit. Bestimmte Migrantengruppen werden ja oft gefragt, zu welchem Land sie sich zugehörig fühlen. Ich habe noch nie gehört, dass Arnold Schwarzenegger gefragt wird: Fühlst du dich als Amerikaner oder Österreicher? Arnie ist ja unser Österreicher in Hollywood, der es zu etwas gebracht hat. Er wurde als Doppelstaatsbürger Gouverneur von Kalifornien und wird nicht gefragt, ob er das eine oder das andere ist.

Gibt es eigentlich so etwas wie eine Grüne Partei-Identität?

Ich glaube, auch hier gibt es mehrere grüne Identitäten. Die Grünen sind aus mehreren Basisbewegungen entstanden, der feministischen, der Umwelt- und Friedensbewegung, jener von Lesben und Schwulen und anderen. Sie bringen alle starke Werte mit

und das Verbindende ist Selbstbestimmung und Respekt für gelebte Vielfalt.

Im Oktober wird in Wien gewählt, Aufregung gibt es über die Liste Turgay Tasciran, die in der Presse und auch im ORF als türkische Liste bezeichnet wurde. Der Wiener Arzt, in Österreich geboren, möchte stärker Politik für Migranten machen. Wie stehen Sie zu diesem Projekt: ein positiver Ansatz und ein willkommener Konkurrent?

In einer Demokratie kann jeder eine politische Bewegung gründen. Migrant-Sein allein ist aber noch kein Programm. Was wäre die „migrantische“ Antwort auf die Klimaerwärmung; was die auf Flächenwidmung und Verkehrspolitik? In der Politik kommt man mit einer Ein-Thema-Bewegung nicht weit. Und unter Eingewanderten sind von ganz links bis reaktionär-antiliberal alle Haltungen vertreten, übrigens wie auch unter Nicht-Migranten. Daher wird die Liste meiner Einschätzung nach den Einzug nicht schaffen, aber Richtung FPÖ mobilisieren. Und dass der Spitzenkandidat sagt, man trete gegen Rassismus und Rechtsruck an, könne sich aber vorstellen, mit Strache zu koalieren, finde ich recht „originell“.

DAS BLAUE VOM HIMMEL

Die Parteienbindung sinkt notorisch. Werden wir damit ein Stück freier oder bloß für Populismus empfänglicher? Das Projekt AUTNES untersucht derzeit unser Wahlverhalten.

Text: Sonja Dries

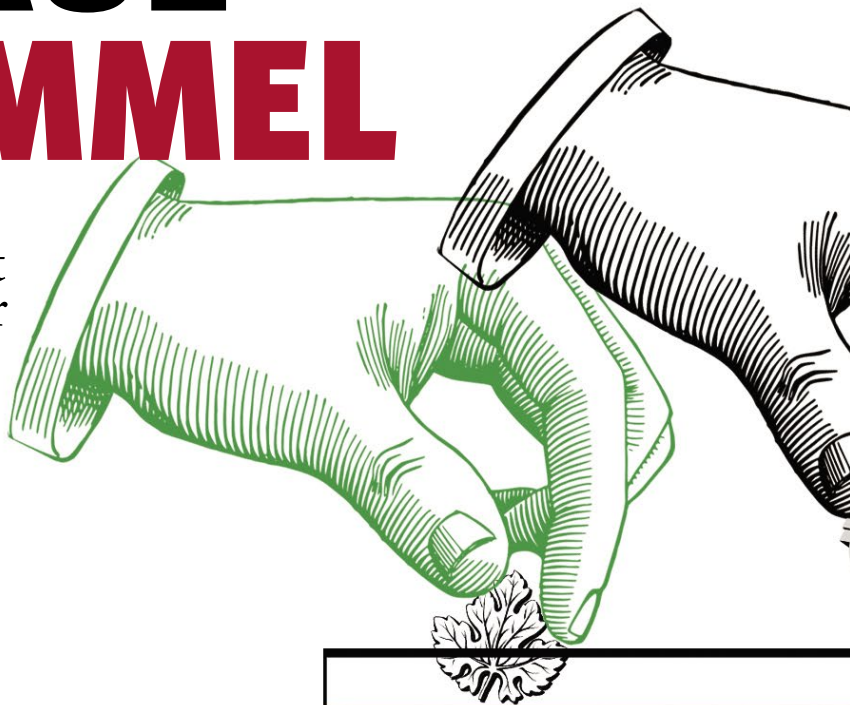
Illustration: Eva Vasari

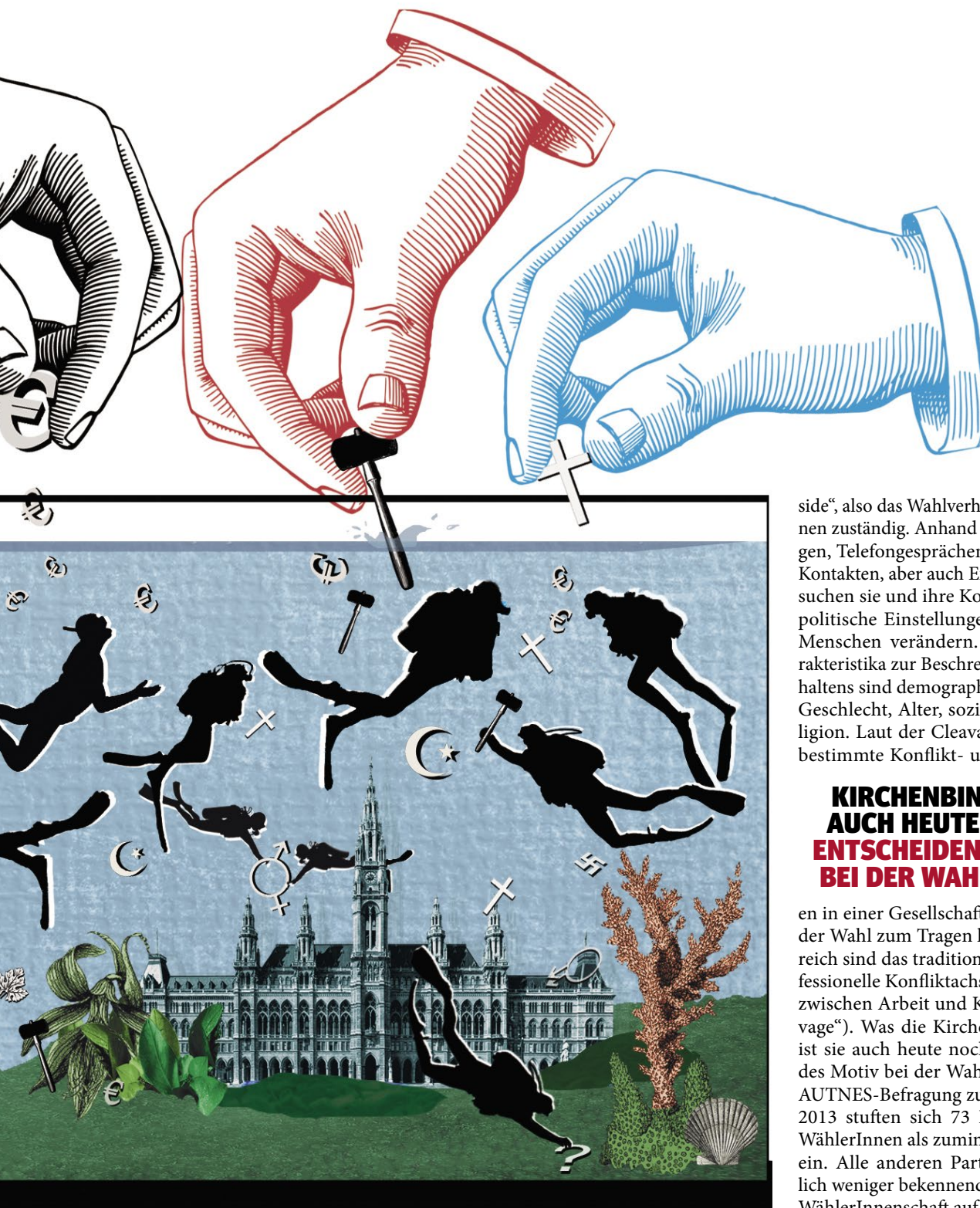
Am 11. Oktober heißt es für die Wienerinnen und Wiener wählen gehen. Landtag, Gemeinderat und Bezirksvertretung müssen neu legitimiert werden und die Parteien befinden sich noch mitten im Wahlkampf. Das Ergebnis könnte knapp ausfallen, glaubt man den Umfragen verschiedenster Institute. Doch, dass diese auch ganz falsch liegen können, zeigen gerade in letzter Zeit eklatante Fehlprognosen, wie in Großbritannien, wo die Konservativen völlig überraschend einen klaren Sieg errangen. Das Wahlverhalten der BürgerInnen hat sich auch in Österreich verändert und das ist vor allem auf die Abschmelzung der Parteienbindung zurückzuführen. Konnten sich in den 1970er Jahren noch bis zu 65 Prozent mit einer bestimmten Partei identifizieren, waren es laut einer EU-Wahl-Analyse des Politologen Fritz Plasser und des Meinungsforschers Franz Sommer im letzten Jahr nur noch 42 Prozent. Das spiegeln auch die Mitgliederzahlen der einzelnen Parteien wieder, die in den letzten Jahren immer weiter zurückgehen. Die Mitgliederbasis der SPÖ schrumpfte beispielsweise seit den siebziger Jahren um 70 Prozent. Waren es 1979 noch 721.262 Mit-

glieder sind es heute rund 240.000. Guido Tiemann, Professor für Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien (IHS), begründet diese Entwicklung damit, dass es heute weniger Vorteile hat, Mitglied einer Partei zu sein. Lange hatten die Großparteien ÖVP und SPÖ die Möglichkeit die Wählerbeziehung durch materielle Benefits wie Wohnungen oder Jobs zu stabilisieren, während es anderen Parteien an Verflechtungen mit dem Staatsapparat in Verwaltung, öffentlicher Wirtschaft und Bildungswesen fehlte. Das ist heute vorbei.

Traditionelle Spannungslinien weichen auf

Doch was wünschen sich die WählerInnen heute von ihrer Partei und wie kann man ihre Entscheidung am Wahltag erklären? Ein Projekt, das sich bereits seit 2009 mit diesen Fragen beschäftigt ist AUTNES, Austrian National Election Study. Rund 20 WissenschaftlerInnen untersuchen im Rahmen der österreichischen Wahlstudie WählerInnen, Parteien und Massenmedien auf ihren Einfluss auf die Wahl. Eine von ihnen ist Kathrin Thomas, promovierte Politologin. Sie ist bei AUTNES für die „demand



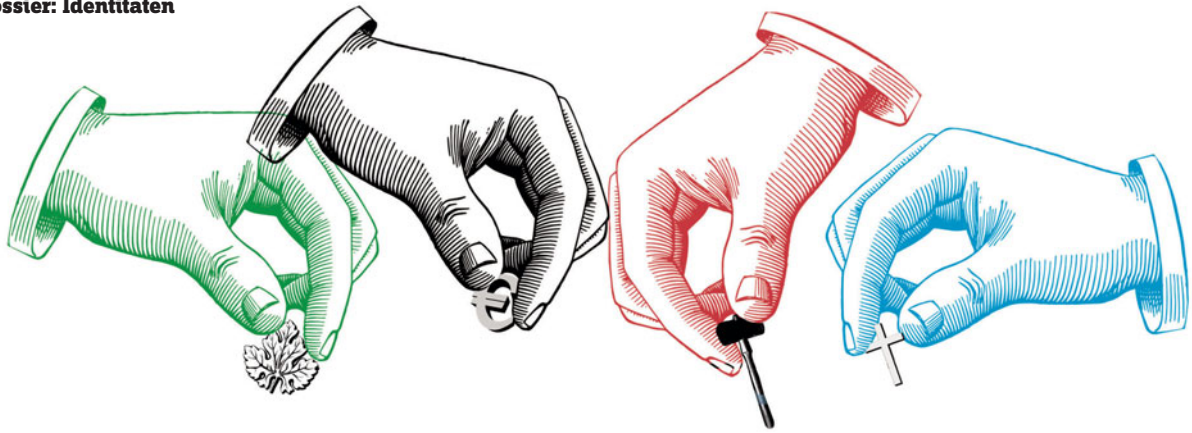


side“, also das Wahlverhalten der WählerInnen zuständig. Anhand von Online-Umfragen, Telefongesprächen und persönlichen Kontakten, aber auch Experimenten untersuchen sie und ihre KollegInnen, wie sich politische Einstellungen und Motive der Menschen verändern. Bedeutende Charakteristika zur Beschreibung des Wahlverhaltens sind demographische Faktoren wie Geschlecht, Alter, soziale Klasse und Religion. Laut der Cleavage-Theorie gibt es bestimmte Konflikt- und Spannungslini-

KIRCHENBINDUNG IST AUCH HEUTE NOCH EIN ENTSCHEIDENDES MOTIV BEI DER WAHL DER ÖVP.

en in einer Gesellschaft, die besonders bei der Wahl zum Tragen kommen. In Österreich sind das traditionellerweise die konfessionelle Konfliktachse und der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital („class cleavage“). Was die Kirchenbindung angeht, ist sie auch heute noch ein entscheidendes Motiv bei der Wahl der ÖVP. Bei der AUTNES-Befragung zur Nationalratswahl 2013 stuften sich 73 Prozent der ÖVP-WählerInnen als zumindest „eher religiös“ ein. Alle anderen Parteien wiesen deutlich weniger bekennende Gläubige in ihrer WählerInnenschaft auf.

Lange hatten die Großparteien die Möglichkeit, die Wählerbeziehung durch materielle Benefits wie Wohnungen oder Jobs zu stabilisieren.



Durch Tests lassen sich Persönlichkeitsmerkmale erkennen. Je nachdem, ob jemand altruistisch oder egoistisch ist, kann das Wahlverhalten beeinflusst werden.

Ganz anders sieht das beim class cleavage aus. Lange Zeit galt die SPÖ als die Partei für die ArbeiterInnen, laut Kathrin Thomas hat sich die FPÖ mittlerweile aber als relevante Alternative für diese Gruppe entwickelt. Bei den vergangenen Nationalratswahlen waren die Freiheitlichen mit 33 Prozent sogar die stärkste Partei bei den ArbeiterInnen noch vor der SPÖ (24 Prozent). Thomas und das Team von AUTNES gehen davon aus, dass das keine einmalige Sache war, sondern sich mittelfristig etablieren werde.

Bei den älteren Generationen haben die traditionellen Spannungslinien sowie Parteibindungen hingegen immer noch Bedeutung. Guido Tiemann vom IHS sagt, dass die ältere Generation bei den letzten Wien-Wahlen quasi die Rettung der SPÖ war. Jüngere BürgerInnen wählen eher situationsbedingt. Sie lassen kurzfristige politische Sachfragen in ihre Wahlentscheidung einfließen und sind somit auch anfälliger für Kampagnen und Mobilisierungsversuche kurz vor der Wahl. Das funktioniert laut Thomas am besten durch persönlichen Kontakt: Ein direktes Gespräch mit einem Parteifunktionär hat weit mehr Einfluss auf die Wahlentscheidung als ein Flyer im Briefkasten; und auch positive Berichterstattung in den Medien kann ein Faktor sein.

Thema Zuwanderung statt Wirtschaft

Parteien müssen es schaffen, ihre Position zu Themen, die den BürgerInnen unter den Nägeln brennen, klar darzustellen und zu vertreten. Eines der brennendsten Themen in Zeiten der Finanzkrise ist interessanterweise nicht die Wirtschaft, sondern die Zuwanderung, was vor allem der FPÖ ein Plus bei den WählerInnenstimmen eingebracht hat. Die Partei hat es geschafft, bei vielen BürgerInnen ein Gefühl des „Zu-Kurz-Gekommen-Seins“ zu schaffen und die Schuld dafür auf Einwanderer und

Einwanderinnen zu wälzen. Bei den letzten Nationalratswahlen waren es just auch die FPÖ-WählerInnen, die das Zusammenleben zwischen MigrantInnen und ÖsterreicherInnen mit Abstand am schlechtesten beurteilten. Guido Tiemann sieht in der FPÖ die einzige Partei, die die soziale Frage stellt und frustrierten WählerInnen direkt eine Antwort gibt. „Unser Geld für unsere Leute“ werde, so Tiemann, als klare und befriedigende Ansage verstanden. Die Grünen würden in der Wahrnehmung der Leute hingegen immer noch viel stärker mit „Luxusgüter“-Themen wie dem Umweltschutz identifiziert. Die „Luxusgut-

DIE JUNGEN WÄHLEN EHER SITUATIONSBEDINGT UND SIND ANFÄLLIGER FÜR KAMPAGNEN VOR WAHLEN.

These“ in der Politikwissenschaft besagt, dass Belange des Umweltschutzes vor allem ein Anliegen der besserverdienenden Bevölkerungsssegmente sei. Daraus ergibt sich eine beschränkte Zahl potenzieller WählerInnen, die es sich leisten können Wert auf diese Dinge zu legen, anstatt selbst um ihre finanzielle Existenz zu fürchten. Das sei auch einer der Gründe, warum ProtestwählerInnen viel öfters rechts und nicht links bzw. liberal ihr Kreuzchen machen.

Wenig Parteibindung, aber effektiver Protest

Rechts ist für ProtestwählerInnen besonders attraktiv. Wer seine Unzufriedenheit darüber ausdrücken möchte, was in seinem Land passiert, wird laut Kathrin Thomas im rechten Spektrum eine besonders effektive Form sehen, um zu zeigen, dass hier etwas schief läuft. Solche psychologischen Faktoren werden in der politikwissenschaftlichen Forschung immer wichtiger. Auch AUTNES beschäftigt sich mit dem sozialpsycho-

logischen Ansatz, der unter anderem davon ausgeht, dass bestimmte psychologische Mechanismen eine Person politischer machen können, beziehungsweise sie für eine bestimmte Partei wählen lassen. Durch Tests lassen sich Persönlichkeitsmerkmale erkennen, die auf bestimmte politische Präferenzen hinweisen. Je nachdem, ob jemand altruistisch oder egoistisch, gewissenhaft oder fahrlässig, emotional stabil oder neurotisch ist, kann das Wahlverhalten beeinflusst werden. Dieser Ansatz der politischen Psychologie ist in Österreich allerdings noch ziemlich am Anfang.

Mündig oder beeinflussbar?

Es bleibt die Frage, ob die abnehmende Bindung zu einer bestimmten Partei die Menschen nun freier und mündiger macht oder erst recht anfällig für Populismus und Kampagnen. Guido Tiemann sieht mehr Platz für Diskussion und Debatte, jetzt wo viele Menschen nicht mehr blind einer Partei folgen, egal was sie inhaltlich vorbringt. Trotzdem sieht er auch die Gefahr, dass die kurzfristige Wahlentscheidung schneller durch griffige Slogans und auffällige Plakate beeinflusst werden kann. Kathrin Thomas sieht die Entwicklung eher positiv. Parteibindung würde eine klare Linie vorgeben, bei der manche WählerInnen einfach immer mit dem mitstimmen, was ihre eigene Partei macht. Die neue Dynamik von politischer Partizipation, die sich jetzt entwickelt, biete Platz für unkonventionelle Arten der Politik, die sich vor allem in sozialen Netzwerken und bei Demos und Petitionen zeige. Was die Anfälligkeit für Populismus angeht, will Kathrin Thomas den Glauben in die WählerInnen nicht verlieren und spricht ihnen auch weiterhin zu, mündig genug zu sein, um auf rationaler Basis zu entscheiden. Die Wien-Wahl wird zeigen, ob sie Recht behält.

PROPAGANDA FÜR DAS UNTER- BEWUSSTSEIN

Gibt es eine Psychologie des rechten Wählers? Ein Gespräch mit dem Kärntner Psychologen Klaus Ottomeyer.

Interview: Ali Cem Deniz

Wenn die Psychologie auf die Politik trifft, passiert das oft in einem populärwissenschaftlichen Rahmen: da liest man dann von schüchternen Konservativen und risikofreudigen Linken. Sind das nur pseudowissenschaftliche Klischees und was kann die Psychologie wirklich beitragen, um politische Einstellungen besser zu verstehen?

Klaus Ottomeyer: Wir schauen zunächst auf die Statistik. Die demografischen Daten zeigen uns beispielsweise, dass der Anteil der Männer, der Arbeiter und der kleinen Angestellten, die kein besonderes Bildungsprivileg genossen haben, unter den rechten WählerInnen hoch ist. Das ist nicht wertend zu verstehen. So sind die Fakten. Dazu muss man auch die Dynamik, mit der rechte Gruppen entstehen, beobachten, und zwar abseits von Zahlen und Statistiken. Da sehen wir dann reale Probleme und Ängste.

Die da wären?

Die Flüchtlingsproblematik ist ein Thema, das überall und in allen Segmenten der Gesellschaft für Diskussion sorgt. Hier schafft es derzeit keine Gesellschaft, nachhaltige



Wir haben ja alle ein Gewissen, ein Über-Ich. Das lässt sich nicht abschaffen. Aber das lässt sich verdrängen, wenn man Flüchtlinge als Simulanten fantasiert.

Lösungen zu finden. Daraus entstehen auch reale Ängste, die dann durch politische Propaganda zusätzlich aufgeladen werden. Viele projizieren den eigenen moralischen "Schmutz", das "Unsaubere", das wir manchmal praktizieren und die eigenen Aggressionen auf "den Flüchtling". Dann

entstehen auch Plakate wie bei den letzten Landtagswahlen in der Steiermark, wo ein Flüchtling als IS-Kämpfer in einer Dorfidylle abgebildet wird. So werden reale Probleme aufgeladen und gleichzeitig eigene innere Spannungen aufgelöst und unterdrückt.

STRACHE IST VIEL GRÖßER UND KANN NICHT AUF SO VIELEN UNTERSCHIEDLICHEN KLAVIATUREN SPIELEN. BEI IHM HERRSCHT IMMER DER GRUNDTON DER EMPÖRUNG.

Wie kommt es zu diesen Projektionen?

Die eigene Gier, mit der wir alle im Zeitalter Konsumkapitalismus kämpfen, und auch der eigene Neid werden projiziert. Deshalb fantasieren Rechte die Flüchtlinge als eine Art „Sozialtouristen“, die alles bekommen, ohne dafür was machen zu müssen. Diesen Neid finden wir nicht nur, wenn es um finanzielle Dinge geht. Es herrscht auch in der Sexualität eine große Angst vor der Rivalität. Viele fürchten sich vor den jungen Migranten, die uns die Frauen wegnehmen oder vor der Fruchtbarkeit von MigrantInnen. Leute wie Thilo Sarrazin („Deutschland schafft sich ab“, Anm.) versuchen dann diese Ängste mit Zahlen zu untermauern.

Wieso sind diese Themen für die Rechten besonders attraktiv?

Wir erleben seit langem eine Dauerkrise des Patriarchats verbunden mit einer neoliberalen Freizügigkeit und der Relativierung von Geschlechterrollen. Darauf haben wir eine neo-patriarchale Reaktion. Eine Sehnsucht nach der autoritären, männerdominierten Familie tritt auf.

In Österreich manifestiert sich dieser Konflikt in der Gegenüberstellung von Fans von Conchita Wurst und Andreas Gabalier. Die FPÖ versucht Gabalier zum Symbol des ordentlichen, wehrhaften Heterosexuellen zu machen, der sich gegen die Relativierung der Geschlechter stellt.

In dieser Diskussion können sich FPÖ-Politiker als quasi Verfolgte präsentieren: die ordentlichen Heteros, die gegen das dominante System rebellieren. Genauso fordert ja auch in Deutschland die PEGIDA das Ende von Gendering. Und auch schon bei Jörg Haider war seine Rolle als zielbewusster, attraktiver Mann Teil der politischen Propaganda.

H.C. Strache pflegt heute aber ein anderes Männlichkeitsideal als Haider.

Strache ist viel größer und kann nicht auf so vielen unterschiedlichen Klaviaturen spielen. Bei ihm herrscht immer der Grundton der Empörung. Haider hingegen war „verführerischer“. Er war ja auch formal gesehen intelligent und sogar einfühlsam – wenn auch zum Zwecke des Betruges. Strache muss seine WählerInnen nicht verführen, sie laufen auch von alleine zu ihm zu, weil die anderen Parteien es nicht schaffen, die Menschen für eine gemeinsame Zukunftsvision zu faszinieren.

Die anderen Parteien entkommen den neoliberalen Sachzwängen nicht. Sie sind hilflos gefangen, während Strache einen Ausbruch verspricht. Diese Versprechen nehmen besonders in der Diskussion um Migration und Asyl brutale Züge an. Bei Haider war dieser aggressive Ton nur einer von verschiedenen Tönen. Haider spielte gern die Rolle des Sheriffs, der für Ordnung sorgt, aber er blieb dabei immer verführerisch und charmant. Damit war er auch ein Heilmittel gegen die allgemeine Langeweile. Aktuell versucht Stefan Petzner diesen Abglanz weiterzutragen und auch die Medien warten wieder auf so eine schillernde Figur. Strache kann das nur teilweise – zum Glück.

Während die anderen Parteien unter dem Diktat des Neoliberalismus immer ununterscheidbarer werden, präsentiert sich die FPÖ besonders in Wien als die einzige „Arbeiterpartei“. Ist da der „grobe“ Strache nicht besser geeignet als Haider, der „Verführer“?

H.C. Strache ist ja Zahntechniker. Nichts gegen Zahntechniker, aber das beruhigt seine WählerInnen. Ein Verführer muss ja immer beides verkörpern als ein „großer

kleiner Mann“. Er muss gleichzeitig einer von den einfachen Leuten sein und etwas Größeres verkörpern, ein Glamour, eine Hoffnung. Das bringt Strache in einem bestimmten Segment zusammen.

Bei Haider war es hingegen so, dass selbst kritische PolitikerInnen anlässlich seiner Trauerfeier davon sprachen, was für ein feiner und berührender Mensch er war. Das sind im Grunde erotische Qualitäten, die quer durch die Geschlechter und Schichten gehen.

Haider hatte immer das Potenzial, Menschen außerhalb seiner Basis zu erreichen. Was erhoffen und erwarten sich WählerInnen von Strache, der den ewigen Außenseiter spielt?

Strache fordert immer das Ende der Ausgrenzung und das fordern viele Menschen auch für sich persönlich. Menschen, die das Gefühl haben, dass sie mit den gesellschaftlichen Veränderungen nicht mehr mithalten können.

Rechte WählerInnen fürchten ja nicht nur die Konkurrenz durch Menschen, die von Außen kommen, sondern sehen auch innerhalb der Gesellschaft Bedrohungen. Stichwort: Gutmensch.

Wir haben ja alle ein Gewissen, ein Über-Ich. Das lässt sich nicht abschaffen, aber wir können dieses Über-Ich und die Hilfsverpflichtung, die wir alle verspüren, wenn wir notleidende Menschen und besonders Kinder sehen, verdrängen. Das geht, wenn man Flüchtlinge als Simulanten fantasiert, als egoistische Wirtschaftsflüchtlinge und Faulpelze. Dann fällt diese Hilfsverpflichtung weg und die, die ihnen helfen werden abwertend als Gutmenschen oder im Extremfall als „Tugendterroristen“ bezeichnet, wie es Herr Sarrazin macht.



Bei PEGIDA sehen wir, dass auch viele gut gebildete Menschen dabei sind. K. Ottomeyer

Die FPÖ und andere rechte Gruppierungen wie PEGIDA oder die Identitären hingegen behaupten immer, dass die Türen für „echte“ Flüchtlinge offen bleiben müssen.

Das ist ein kleiner Tribut, den man an das Gewissen zahlt. Nach dem Motto „Ich bin ja kein Ausländerfeind, aber...“ und dann kommt eine rassistische Geschichte nach der anderen. Das ist ein Zugeständnis daran, dass wir ein Gewissen haben, weil sich niemand gerne gewissenlos sieht. Da sagen Rechte, dass die „Echten“ bleiben dürfen

und dann geht es wieder pauschal gegen die Migranten, die Muslime, die Flüchtlinge. Diese „echten“ Flüchtlinge gibt es in der Praxis gar nicht. Diese kurze Differenzierung dient letztendlich nur zur Abwehr des Gewissens.

Viele rechte Wähler leiden nicht nur unter finanzieller Armut, sondern auch unter Bildungsarmut. Stecken hinter dem Frust gegen die Gutmenschen auch Elemente eines Klassenkampfes?

Das muss man etwas relativieren: Bei PE-

GIDA sehen wir, dass auch viele gut gebildete Menschen dabei sind, wobei man sagen muss, dass es ihnen trotzdem nicht gut gehen muss. Heute ist ja ein Uni-Abschluss keine Garantie dafür, dass man erfolgreich ist. Die „Gutmenschen“ stellen sich viele als diejenigen vor, die aus einer privilegierten Position gut reden haben, während die einfachen Bürger und Bürgerinnen mit den harten Realitäten konfrontiert sind.

Haider hat schon mit einer Art Bierzelt-Sozialismus gegen die Intellektuellen und Kulturschaffenden als „Ausbeuter“ und „Privilegierte“ mobilisiert. Dass wir nach wie vor eine Klassengesellschaft sind, ist evident, der Unterschied zwischen Arm und Reich vergrößert sich. Es findet nun eine Verschiebung des Klassenkampfes statt, in dem die Gutmenschen die Feinde sind und selbst Flüchtlinge als Ausbeuter fantasiert werden.

Sie sagen, dass die Ängste der Menschen nicht unbegründet sind, aber verstärkt werden. Wie unterscheidet man zwischen „echten Ängsten“ und Fantasien?

Worüber wir eigentlich reden müssten und das ist sehr schwierig psychologisch, sind Neidgefühle. Wenn Sie die Neidgefühle eines Menschen ansprechen, stoßen sie auf eine massive Ablehnung. Das kann man etwas mit Humor versuchen oder mit Empathie. Nicht mit dem Finger auf die zeigen, die Neid und Ressentiment empfinden, sondern in der Ich-Form reden und erkennen, dass wir alle manchmal neidisch werden. Alle Menschen brauchen Anerkennung, das ist die wichtigste Nahrung für ein stabiles Selbstwertgefühl. Menschen müssen das Gefühl haben, dass sie gebraucht werden, dass sie respektiert werden und dass ihre Leistungen gewürdigt werden. Sie brauchen aber auch Anerkennung in persönlichen Beziehungen, in Liebesbeziehungen und in ihrer Familie.

Menschen auf der Straße. Traiskirchen Ende Juli 2015. Das ist die größte Schande Österreichs seit langer Zeit. Überraschend und bedrückend zugleich: Wie still die Menschen der Dinge harren. Niemand will etwas von einem: kein Geld, keine Telefonnummer, niemand bittet um Unterstützung. Doch die Leute besitzen nichts als die Kleidung an ihrem Körper, und, falls sie Glück haben, ein Handy. Die Gesichter der Menschen, mit denen wir gesprochen haben, zeigen: Zwischen Lächeln und Tränen ist es nicht weit, aber die Erschöpfung und Verunsicherung liegt über allem. Wer vor Menschen, die geflüchtet sind, Angst hat, sollte nach Traiskirchen fahren und das Gespräch suchen. Oder gleich eine Patenschaft übernehmen. Die vehement geführte Abwehrdebatte vieler Gemeinden erscheint dann schnell sehr fern. Mütter berichten, dass sie von ihren Kindern getrennt werden, über deren Unterbringung sie nicht genau informiert werden. Wartende vor dem Lager, teils aus Deutschland angereist, wird jede Information verweigert, ob ihre Angehörigen in diesem Lager aufgenommen wurden. Für Innenministerin Mikl-Leitner gilt: Sie sollte für das schwere systemische Versagen Verantwortung zeigen und zurücktreten.

FOTOS: KARIN WASNER, TEXT: GUNNAR LANDSGESELL



Familienportrait. Eine toughe Mutter (51) mit ihren Söhnen. Ihr Ehemann ist tot. Aus ihrem Dorf nahe Damaskus, wo ihre Wohnung zerstört wurde, schlugen sie sich über ein Monat lang, teilweise zu Fuß, nach Österreich durch. Zum Zeitpunkt der Aufnahme sind sie 3 Tage in Traiskirchen. Sie schlafen auf der Wiese, auf einem Karton. Die Mutter sagt, sie haben keine Kleider, keine frische Unterwäsche.



Samir S., aus Damaskus, angetroffen auf dem nackten Gehsteig vor dem Lager, wie andere auch. Er möchte sich zuerst nicht portraituren lassen, sein ungepflegter Zustand und das T-Shirt aus der Kleidersammlung sind ihm peinlich. Er war 45 Tage auf der Flucht, seit 10 Tagen ist er im Lager in Traiskirchen, er schläft im Freien auf dem Boden. In Syrien, wo er Tankstellenpächter war, warten zwei Kinder, 6 und 7 Jahre alt, auf seine Hilfe. Bei Samir S. liegen die Nerven blank, er sagt: „I want to go back.“



Zwei Frauen auf der Flucht. Tamara (40), aus Bagdad, ist ausgebildete Französisch-Dolmetscherin. Sie kam mit ihrer Mutter Amal, sechs Monate waren sie unterwegs. Ihr Vater wurde getötet. Ihre Brüder konnten sich in die Türkei durchschlagen. Seit einem Monat lebt sie mit ihrer Mutter im Lager in Traiskirchen. „It is so difficult“, sagt Tamara. Ihre Zukunft? „I’d like to find something better, but not Iraq.“



Amal (68), aus Bagdad. Sie brauchte sechs strapaziöse Monate, um mit ihrer Tochter Tamara aus Bagdad nach Österreich zu kommen. Sie hat alles verloren. Das schlimmste für sie ist die Ungewissheit. Nicht zu wissen, wie es weitergeht. Im Irak hat sie als Lehrerin gearbeitet. Sie spricht gut Englisch, möchte aber rasch Deutsch lernen, um sich besser verständigen zu können.



Rasheed, syrischer Kriegsflüchtling aus der Stadt Duma nahe Damaskus, studierte Facharzt für Psychiatrie. Seine Eltern und Geschwister flüchteten vor zwei Jahren nach Ägypten, wo es gerade für das Überleben reicht. Ein Jahr später musste auch er fliehen. Gemeinsam mit einem Freund schaffte er es nach Österreich. Nun wurden auch sie getrennt. Im Lager in Traiskirchen bot Rasheed seine qualifizierte Mithilfe für Krankenbetreuung an, man lehnte ab. Doch wer spricht hier Arabisch? Die Perspektivlosigkeit sei das Schlimmste, sagt der junge Facharzt.



Diese Frau ist mit drei ihrer sechs Kinder aus Hama, Syrien, nach Österreich geflohen. Um die Flucht zu finanzieren, hat ihr Ehemann alles, auch die Wohnung, verkauft. Nun lebt ihr Mann mit den anderen drei Kindern in der Wohnung seines Bruders, praktisch mittellos. Die Frau hat Angst, sie spricht nur Arabisch, sie wirkt aufgelöst. Sie sagt: „Egal wo in Europa wir sind, Hauptsache meine Kinder sind in Sicherheit.“ Doch von zwei ihrer Söhne wurde sie getrennt. Einer sei in Graz, vom anderen weiß sie nicht, wohin er gebracht wurde. Seit einem Monat ist sie in Traiskirchen, vielleicht sitzt sie jeden Tag hier, vor dem Lager, an der Gehsteigkante.

FAKTENCHECK

Vier zentrale Fragen zur Flüchtlingspolitik

Einiges in der Debatte der „Flüchtlingskrise“ scheint durcheinander zu geraten. Ein kurzer Leitfaden anhand der Fakten.

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

1. Nimmt Österreich viele Flüchtlinge auf? (Spoiler: Nein)

„Österreich tut sehr viel für Flüchtlinge!“ In Österreich betont man gern die eigenen Leistungen. Doch stimmt es auch mit der Realität überein? Auf Nachfrage werden meist Flüchtlingswellen in der Vergangenheit angeführt. Und die sind nach heutigen Maßstäben tatsächlich beachtlich. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR hat folgende Zahlen veröffentlicht: Während der Ungarnkrise Mitte der 1950er Jahre kamen 180.000 Menschen nach Österreich. Die meisten UngarInnen zogen jedoch weiter, nur ein Zehntel blieb. Beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 flüchteten 160.000 TschechInnen und SlowakInnen nach Österreich, 12.000 von ihnen blieben. Der Zerfall Jugoslawiens in den 1990ern brachte rund 100.000 Flüchtlinge nach Österreich. Immerhin, es blieben mehr als die Hälfte, rund 60.000. Insgesamt sind seit 1945 rund 2 Millionen Menschen nach Österreich geflohen. 700.000 sind geblieben, im selben Zeitraum wurden 7 Millionen ÖsterreicherInnen geboren.

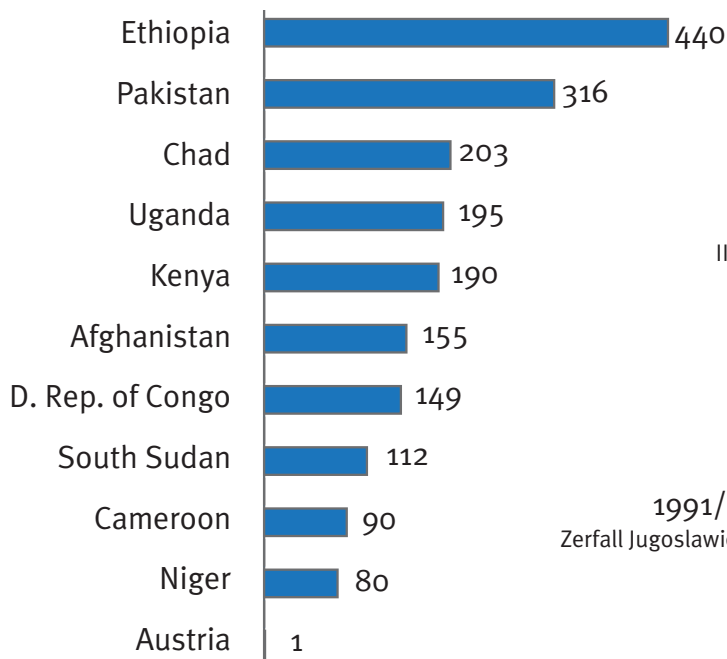
Und wie sieht es heute aus? Abgesehen von einer Spitze im Jahr 2002 wurden in Österreich jährlich zwischen 10 und 20 Tausend

Asylanträge gestellt. Aber wegen des Krieges in Syrien und im Irak lautet die Prognose des Innenministeriums für heuer bekanntlich 80.000 Asylanträge. Ob diese Zahl nun als hoch oder niedrig eingeschätzt wird, hängt von den angewendeten Vergleichsmaßstäben ab - welche auch gleich Auskunft über ideologische Hintergründe geben. Hierzulande ist der Bezug auf die EinwohnerInnenzahl üblich. Das suggeriert eine „kulturelle“ Belastung, die sich am zahlenmäßigen Anteil der Flüchtlinge an der gesamten Bevölkerung bemisst. Nach dieser Vergleichsmethode steht in Europa Schweden mit 15 Asylsuchenden pro Tausend EinwohnerInnen an der Spitze. Österreich liegt mit rund 0,4 Anträgen hinter Deutschland, Belgien, Zypern und Malta. International ist Europa aber als Schutzregion weit abgeschlagen. Gerade einmal Schweden und Malta schaffen es weltweit unter die ersten zehn. Angeführt wird die Rangliste vom Libanon mit 232 Flüchtlingen pro 1.000 EinwohnerInnen - vor Jordanien, Nauru, Chad, Djibouti und Süd-Sudan. Doch die Gewichtung nach finanzieller Kapazität ist aussagekräftiger: Zieht man die jährlich 30 Millionen Ankünfte von TouristInnen in Österreich ins Kalkül, kann man davon ausgehen, dass

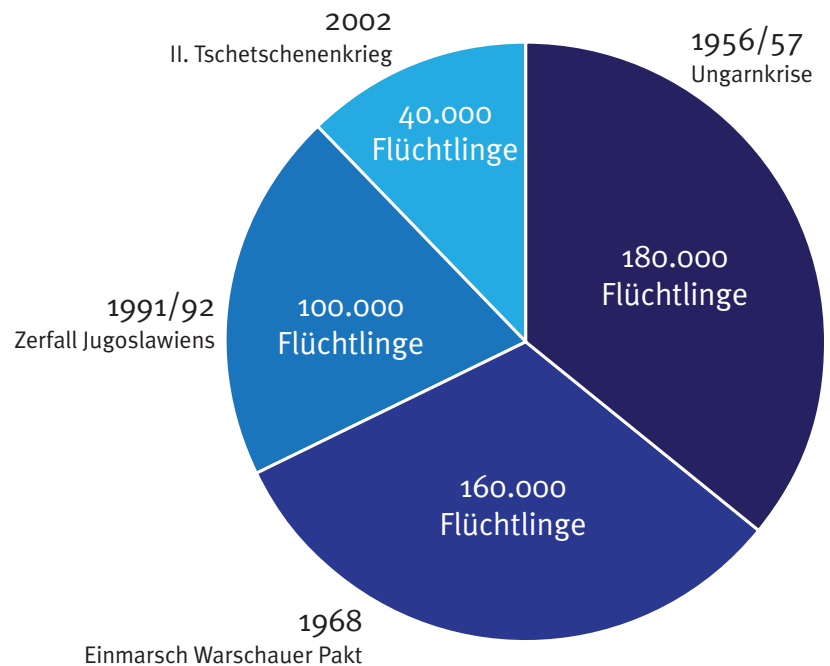
Flüchtlinge - wenn überhaupt - eine finanzielle Belastung darstellen. Die Intensität sozialer Konflikte ist offenkundig finanziell bzw. die Qualität der Betreuung steuerbar. Daher bietet sich der Vergleich nach dem BIP pro Kopf an. Am meisten Flüchtlinge pro Dollar BIP/Kopf versorgt Äthiopien mit 440 Personen, gefolgt von Pakistan mit 316. Österreich bringt es nach dieser Berechnung gerade mal auf eine Person. Viele andere europäische Länder spielen sich irgendwo zwischen eins und null ab.

2. Wie wird die Verantwortung innerhalb der EU geteilt? (Spoiler: bürokratisch, ineffizient, eingriffsintensiv und kleinlich)

Ein Asylantrag innerhalb Europas wird vom Land durchgeführt, das ein Flüchtling als erstes betritt. Darauf hat sich die EU im Dublin-Übereinkommen verständigt. Das klingt nicht besonders logisch und funktioniert in der Praxis auch nicht gut. Die Mittelmeer-Staaten sehen sich im Stich gelassen. Sie haben kein funktionierendes Asylsystem und lassen Flüchtlinge ohne Registrierung weiter ziehen. Nur wenn Asylsuchenden nachgewiesen werden kann, dass sie bereits in einem ande-



Number of refugees per 1 USD GDP (PPP) per capita | 2014
Quelle: UNHCR



Flüchtlingswellen in Österreich
Quelle: UNHCR/BMI

ren EU-Land waren, können sie dorthin zurück überstellt werden. Nach Griechenland sind Überstellungen wegen der Menschenrechtslage aber ohnehin nicht zulässig, nach Italien nur eingeschränkt. Der Erfolg ist auch aus einem weiteren Grund bescheiden. Österreich kann zwar Flüchtlinge loswerden, muss aber auch Dublin-Fälle übernehmen. 1.059 Personen wurden von Österreich im Jahr 2013 (der letzten verfügbaren Jahresstatistik) an andere Länder zurück überstellt. 705 Personen kamen im selben Zeitraum zu uns. Neben sinnlosen Kosten nimmt das System den Asylsuchenden die Möglichkeit, gleich in das Land ihrer Wahl zu ziehen. Das schränkt die Flüchtlinge unnötig ein und weil diese ihre sozialen Netzwerke nicht nutzen können, erhöht das auch den Betreuungs- und Integrationsaufwand. Effizienter und schonender für die Betroffenen wäre es, Geld durch Europa zu senden. Aber der Grundsatz, Eingriffe in Persönlichkeitsrechte möglichst sparsam zu setzen, gilt offenbar nicht für Flüchtlinge.

Und wenn einmal der Hut brennt, wie steht es dann um die Solidarität? Auf eine einmalige Aufteilung von 40.000 Asylsuchenden, um die Mittelmeerstaaten zu entlasten, konnte sich der Rat der europäischen

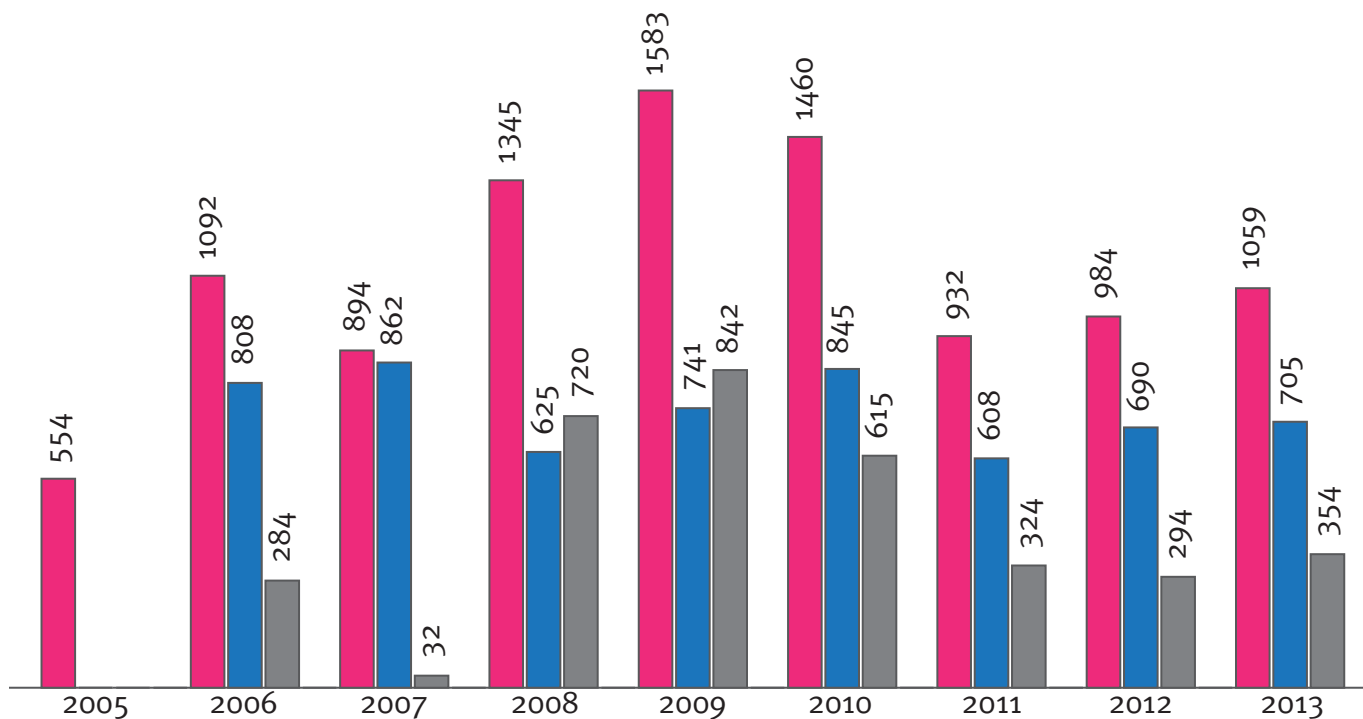
Innenminister beim letzten Krisengipfel im Juli nicht einigen. Im Herbst wird weiter verhandelt.

3. Wie läuft ein Asylverfahren ab und welche Menschenrechtsverletzungen begründen Schutz? (Spoiler: mehr als Sie vielleicht denken.)

Stellt eine Person in Österreich einen Asylantrag, leitet die zuständige Behörde, das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, ein mehrstufiges Verfahren ein. Eine erste Befragung und Durchsuchung erfolgt durch PolizistInnen, etwa beim Aufgriff an der Grenze. Dann wird im so genannten Vorverfahren geprüft, ob Österreich überhaupt zuständig ist, oder ein anderes europäisches Land. Während dieser Prüfung befinden sich die Flüchtlinge in einer Erstaufnahmestelle oder einem der sieben neuen Verteilerzentren in den Bundesländern. Dort müssen sie „sich zur Verfügung halten“. Schließlich will sich die Behörde eine Abschiebung offen halten. Kommt es zu einem inhaltlichen Verfahren, wird der Flüchtling über die Verteilerzentren in ein

Quartier überstellt – so das Vorhaben des neuen Systems, das mit Jahresmitte etabliert wurde.

Im inhaltlichen Verfahren wird im ersten Schritt ermittelt, ob die Person eine gezielte Verfolgung im Herkunftsland plausibel machen kann und ihr daher internationaler Schutz auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zusteht. Die GFK schützt vor gezielter Verfolgung und Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Auch soziale, kulturelle oder wirtschaftliche Diskriminierung können – wenn auch sehr selten – den Grad einer Verfolgung erreichen und Asyl begründen. Der rechtliche Status nennt sich „anerkannter Flüchtling“, „Asylberechtigter“ oder „Konventionsflüchtling“ und stellt die Person den StaatsbürgerInnen gleich. Der Schutz gilt in Österreich unbefristet, wegen schwerer Verbrechen kann er aberkannt werden. Liegt kein Asylgrund vor, prüft die Asylbehörde in einem zweiten Schritt, ob eine



Dublin-Überstellungen von und nach Österreich ■ Out ■ In ■ Saldo
Quelle: Parlamentarische Anfrage Die Grünen

Abschiebung aus anderen Gründen unzumutbar ist – weil im Herkunftsland Todesstrafe oder Folter drohen oder Bürgerkrieg herrscht. Die rechtliche Grundlage für diesen „Refolement-Schutz“ ist die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Das darin verbrieftete Recht auf Leben (Artikel 2) sowie das Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Bestrafung und Behandlung (Artikel 3) gelten für alle Personen, die sich im Staatsgebiet der Signatarstaaten befinden. Zwar muss wie beim klassischen Asyl eine individuelle Bedrohung vorliegen, allerdings muss diese nicht aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe erfolgen. In der europäischen und österreichischen Rechtsprechung wurden bereits Misshandlungen im familiären Umfeld, fehlende medizinische Versorgung und sogar die existenzbedrohende wirtschaftliche Situation als unmenschliche Behandlung gewertet. Der Abschiebeschutz nennt sich „Subsidiärer Schutz“ und wird befristet vergeben. Nach ein oder zwei Jahren muss er erneut beantragt werden. Eine automatische Arbeitsbewilligung ist nicht damit verbunden. Im dritten und letzten Schritt wird noch überprüft, ob der/die AntragstellerIn etwa durch überlange Verfahren bereits ein Bleiberecht nach Artikel 8 der EMRK erworben hat – dem Recht auf Privat- und Familienle-

ben. Geprüft werden die Dauer des Aufenthaltes, die familiären und sonstigen sozialen Bindungen, die strafrechtliche Unbescholtenheit sowie die Bindungen im Herkunftsland. Besteht ein Rechtsanspruch wird eine „Niederlassungsbewilligung aus humanitären Gründen“ erteilt. Bei vorhandenen Deutschkenntnissen gilt diese unbefristet.

4. Können wir alle aufnehmen? (Spoiler: Ja, wir müssen. Und wir können es auch.)

Ein Land, das die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, gibt zunächst jedem Menschen der Welt das Recht auf ein Asylverfahren. In der EU teilen sich die Mitgliedsstaaten diese Verpflichtung. Theoretisch muss Europa alle Verfolgten der Welt auch tatsächlich aufnehmen. Berücksichtigt man allerdings die Verteilung der 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, wird klar, wie weltfremd die Annahme ist, es kämen auch alle, wenn sie nur die Möglichkeit hätten, nach Europa.

Das hindert mit der Unterbringung von Flüchtlingen überforderte Landeshauptleute nicht daran, die Festlegung einer Höchstzahl von Flüchtlingen – eine eklatante Menschenrechtsverletzung – zu verlangen. Auch Außenminister Sebastian Kurz und Innenministerin Johanna Mi-

kl-Leitner wollen angesichts der Schwierigkeiten, die Opfer des syrischen Krieges wie Menschen einzuquartieren, eine „ehrliche Diskussion über den Migrationsdruck aus Afrika“. Diese neue Ehrlichkeit zielt freilich nicht auf die Beseitigung von Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsländern ab, schließlich würde die Durchsetzbarkeit sozialer Rechte den Investorenschutz konterkarieren. Vielmehr soll das Recht, einen Asylantrag in Europa zu stellen, durch weitere Abschreckung immer teurer und gefährlicher werden. Diese Tendenz führt allerdings, zu Ende gedacht, zur Aushöhlung des Asylrechts. Wenn alle Staaten die Antragstellung durch Grenzzäune verhindern, gibt es zwar ein Recht auf Asyl, aber keine Möglichkeit einen Antrag zu stellen.

Eine menschenrechtsorientierte Politik würde daher für die Verbesserung der Lage in den Herkunftsländern Verantwortung übernehmen. Und eingestehen, dass unsere Lebensweise zwangsläufig ökologische, ökonomische und politische Folgen für den Rest der Welt hat. Wenn Politik einmal einen systemischen Blick entwickeln und globale Probleme nicht mehr als externe Kosten begreifen würde, dann würden wir auch ohne tödliche Abschottung in der Lage sein „alle zu nehmen“. Denn dann hätten weniger Menschen Grund zu fliehen.

LEBEN IN WIEN

Schöner wohnen

ManagerInnen attestieren Wien regelmäßig Top-Lebensqualität. Zugleich wird leistbarer Wohnraum zur Luxusware. Wie hat sich das Leben im „roten Wien“ verändert?

TEXT: MARA VERLIC, JUSTIN KADI

„Lebensqualität – Wien ist und bleibt Nummer eins.“ So kann man es auf der Homepage der Stadt Wien aus einer ganzen Sammlung von internationalen Studien ablesen. Nicht zuletzt die Unternehmensberatungsfirma Mercer hebt Wien nun schon seit mehreren Jahren in Folge auf den ersten Platz in puncto Lebensqualität. Doch um wessen Lebensqualität geht es hier eigentlich? Die Ergebnisse von Mercer etwa basieren auf einer Befragung von ManagerInnen in gehobenen Positionen in Wien. Interessanterweise dient diese privatwirtschaftliche Elite dem Bürgermeister als Bestätigung für die Richtigkeit des gesamten stadtpolitischen Kurses: „Es ist vor allem auch ein Auftrag für uns, diesen erfolgreichen Wiener Weg hin zu einer pulsierenden, lebenswerten und sozial gerechten Metropole auch künftig fortzusetzen.“ (wien.gv.at, 2015)

Soziale Gerechtigkeit in einer Stadt wird zu einem großen Teil über die Leistbarkeit und Zugänglichkeit von Wohnraum definiert. Blickt man auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre, findet sich Wien auch hier im europäischen „Spitzenfeld“ – jedoch in einem weitaus unrühmlicheren. Leistbarer Wohnraum in der Stadt ist rasant knapp geworden. Die Zahl derer, die sich ein Dach über dem Kopf gerade noch oder nicht mehr leisten können, ist in den letzten Jahren explodiert. Eine Studie der Arbeiterkammer Wien zeigt, dass die Mieten in Wiener Altbauwohnungen zwischen 2000 und 2010 um durchschnittlich 67 Prozent gestiegen sind. Die immer weiter aufgehende Schere zwischen Wohnungskosten und Haushaltseinkommen ist für viele in



In den 1920er Jahren wurden 64.000 Gemeindewohnungen geschaffen. In guter Bauqualität, hell und mit eigenem Bad und Küche. Die Vergabe erfolgte über ein Punkteschema.

der Stadt bereits zu einer untragbaren Belastung geworden.

Die starke Zuwanderung und der Trend zu kleineren Haushalten werden gerne als Ursachen der wiederauftauchenden Wohnungsfrage diskutiert. Sie können jedoch die

Die Mieten in Wiener Altbauwohnungen stiegen zwischen den Jahren 2000 und 2010 um 67 Prozent.

Schiefelage zwischen der wachsenden Zahl an Luxusapartments und dem fehlenden leistbaren Wohnraum nicht vollends erklären. Es sind vor allem politische Entscheidungen, die für die veränderte Wohnungslage mitverantwortlich sind. In der Tat, in Wien zeigt sich besonders deutlich, wie zentral die Rolle der Politik für die konkrete Ausprägung und Form der städtischen Wohnungsfrage ist.

Heute beherrscht jedoch die Naturalisierung der sozialen Schieflage in der Wohnversorgung den Alltagsdiskurs, wenn die Politik vor den Kräften des privaten Wohnungsmarktes zu kapitulieren scheint. So meint etwa Erwin Wurm, eine der wichtigsten Stimmen des sozialen Wohnbaus in Wien, dass „die Einkommensschwächsten nicht in den qualitativ hochwertigsten und damit teuersten Häusern wohnen müssen.“ (derstandard.at, 2013) Eine erstaunliche Aussage in einer Stadt, die sich allzu gerne ihr umfassendes sozialpolitisches Engagement auf die Fahnen schreibt und dabei auf die Wohnpolitik des Rotes Wiens der Zwischenkriegsjahre verweist.

Die alte Wohnungsfrage

Wie viele andere europäische Städte war auch Wien am Beginn des 20. Jahrhunderts von einer massiven Wohnungskrise betroffen. Die fortschreitende Industriali-



„Wohnbauoffensive“ der Stadt Wien: Seestadt Aspern wirbt mit Wohnungen in verschiedenen Preissegmenten.

sierung des 19. Jahrhunderts brachte Massen von ArbeiterInnen aus allen Regionen Österreich-Ungarns in die Hauptstadt der Monarchie und Wien wuchs zwischen 1840 und 1918 von 440.000 auf über zwei Millionen EinwohnerInnen. Die zugezogene Bevölkerung traf auf einen durchwegs privaten Wohnungsmarkt, auf dem EigentümerInnen die Knappheit von Wohnraum zur Profitmaximierung nützten. Als soziale Aufgabe wurde die Wohnversorgung in dieser Zeit nicht begriffen, und so blieben für viele die überfüllten Bassena-Wohnhäuser außerhalb des Gürtels als einzige Alternative. Um 1910 gab es in Wien rund 170.000 prekäre UntermieterInnen und BettgeherInnen, die nur einen Schlafplatz in einer fremden Wohnung mieteten. In den großen Teuerungsrevolten von 1911 in Ottakring zeigten sich Wut und Verzweiflung der ArbeiterInnenklasse, nicht zuletzt auch über die Leistbarkeit von Wohnraum. In Wien etablierte sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als stärkste politische Kraft und als die Stadt 1922 zum eigenen Bundesland erklärt wurde, war durch die finanzielle Eigenständigkeit der Grundstein für ein Experiment in lokalem Sozialismus gelegt: die Zeit des Roten Wiens brach an. Eine neu eingeführte, progressiv gestaffelte Wohnbausteuer sorgte für die Umverteilung finanzieller Mittel. Gepaart mit einer Reihe weiterer Luxussteuern schuf sie die finanzielle Basis für den Start der Wohnbauprogramme der Gemeinde Wien: Während der 1920er Jahre wurden rund

64.000 Gemeindewohnungen geschaffen. In guter Bauqualität, hell und mit eigenem Bad und Küche gab es günstigen Wohnraum in den charakteristischen Superblocks, wie etwa dem Karl-Marx-Hof. Die Vergabe der Wohnungen erfolgte über ein Punkteschema, das die Dringlichkeit des Bedarfs feststellte: Neben den Wohnraum betreffenden Faktoren spielten hier auch StaatsbürgerInnenschaft, Aufenthaltsdauer und Familienstrukturen eine Rolle.

Richtwertmietzins, Lagezuschläge und befristete Mietverträge - Zugeständnisse an den Profit.

Österreichische Wiener Jungfamilien mit Arbeit waren die primäre Zielgruppe. Der Wohnbau des Roten Wiens war ein zentraler Teil eines ideologischen Projekts zur Schaffung eines neuen Menschen am Weg des ‚Hineinwachsens‘ in den Sozialismus – wie es der führende austromarxistische Denker Otto Bauer formulierte. Die Machtstrukturen in den neuen Bauten waren daher strikt vertikal, Mitsprache der MieterInnen war kaum vorgesehen und die Überwachung durch Bezirks- und Häuserwarte war prägend. Trotz der Schaffung einer großen Zahl an leistbaren Wohnungen, war das Rote Wien damit auch durch Exklusion von Bevölkerungsgruppen und hierarchischer Planung von oben herab gekennzeichnet.

Die neue Wohnungsfrage

Im Jahr 2015, knapp 90 Jahre nach den Anfängen des Roten Wiens, befindet sich Wien wieder in einer Wohnungskrise. Durchschnittlich gibt ein Wiener Haushalt heute 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aus – im Jahr 2004 waren es noch 16 Prozent. Für arme Haushalte sind Belastungen von mehr als der Hälfte des Einkommens keine Seltenheit. Viele suchen nach einer Wohnung im günstigsten Preissegment, dem Gemeindebau, wo jedoch die Wartelisten lang sind: Laut Wiener Wohnen waren im Jahr 2013 rund 27.600 Personen für eine Wohnung vorgemerkt – vor 10 Jahren waren es erst 18.700. Am privaten Markt geraten immer mehr in Mietrückstand, in etwa 2.560 Fällen jährlich, oder sieben Fällen täglich, kommt es zu einer Delogierung. Viele davon landen auf der Straße. Im Jahr 2010 lag die Zahl der wohnungslosen Personen bei 6.797 – ein Anstieg um 45 Prozent seit 2006.

Wohnungspolitische Veränderungen spielen eine wichtige Rolle in der Produktion der neuen Wiener Wohnungskrise. Die im Roten Wien begonnenen und im Rahmen des sozialpartnerschaftlichen Wohlfahrtsstaates der Nachkriegszeit weitergeführten sozialpolitischen Interventionen in den Wohnungsmarkt wurden in den letzten dreißig Jahren schrittweise unterminiert. Wohnen wird damit zunehmend wieder – wenn auch noch nicht vollkommen – als Ware definiert und reguliert. Die „Reformen“ des privaten Mietwohnungsmarktes Mitte der 1990er Jahre sind ein illustratives Beispiel: Die Einführungen von Richtwertmietzins, Lagezuschlägen und befristeten Mietverträgen haben sich allesamt als Zugeständnisse an profitorientierte VermieterInnen herausgestellt. Gleichzeitig betreibt die Stadt Wien seit 2004 selbst keinen sozialen Wohnbau, also Gemeindebau, mehr. Die Alternative dazu bildet der soziale Wohnbau durch gemeinnützige Bauträger. Das ist zwar günstiger als privates Mieten, jedoch machen hohe Eigenmitelanforderungen diesen Sektor vor allem für die Mittelschicht attraktiv. Die kürzlich eingeführten Programme wie etwa



Durchschnittlich gibt ein Wiener Haushalt heute 25 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aus. Im Jahr 2004 waren es noch 16 Prozent.

Smart-Wohnungen, Superförderung oder die Wohnbauinitiative, haben dem ungedeckten Bedarf an leistbarem Wohnraum bisher nicht ausreichend entgegengewirkt. Neben dem Abbau sozialpolitischer Interventionen gibt es vermehrte Anzeichen einer restriktiveren staatlichen Ordnungspolitik. Die Vertreibung von Obdachlosen aus dem Stadtpark oder die verstärkten Kontrollen der Wiener Bahnhöfe symbolisieren eine Politik, die sich zunehmend damit be-

Für eine Politik des Wohnens eintreten, die Raum nicht als Ware begreift.

schäftigt, die Versäumnisse und Probleme einer marktorientierten Wohnungspolitik zu kaschieren und unsichtbar zu machen. Und wenn eine Hundertschaft an PolizistInnen im Juli letzten Jahres ein Haus eines privaten Immobilienentwicklers von ungewünschten BewohnerInnen räumt, geriert sich der Staat als Wegbereiter für private Profit- und Spekulationsinteressen auf dem Wohnungsmarkt.

Wohnen als Recht

Der Blick in Wiens Geschichte zeigt die Wohnraumversorgung sowohl vor rund 100 Jahren als auch heute als eine politische Frage. Die Frage, wer Zugang zu wie viel und welchem Wohnraum hat wird maßgeblich vom wohnungspolitischen Kontext

bestimmt. Das Wohnbauprogramm des Rotes Wiens zu Beginn des vorigen Jahrhunderts verschaffte vielen armen Haushalten Zugang zu Wohnungen. Andererseits brachte die Ideologie des lokalen Sozialismus auch hierarchische Planung durch die Gemeinde und eine Ordnungspolitik der Überwachung und Kontrolle im Bereich des Wohnens. Seit den 1980ern sehen wir einen Abbau sozialpolitischer Verteilungsmaßnahmen von Wohnraum, der sich zuletzt zunehmend mit einer restriktiven Ordnungspolitik gegen die Sichtbarkeit von Wohnungsproblemen und gegen Alternativen zu einer warenförmigen Wohnversorgung paart.

Ein Recht auf Wohnen bedeutet zweierlei: ein Recht auf Zugang zu Wohnraum, als auch ein Recht auf Selbstgestaltung und Mitsprache im Bereich des Wohnens für alle. In unserer heutigen Realität – kurz vor den Wiener Wahlen – kann das bedeuten, für eine Politik des Wohnens einzutreten, die Raum nicht als Ware begreift, in der die Stadt (wieder) eine wichtige Rolle in der Bereitstellung von Wohnraum übernimmt und Leistbarkeit für alle als wohnungspolitisches Ziel verstanden wird. Zusätzlich muss es jedoch auch eine Politik sein, die keine neuen Exklusionen produziert, die Alternativen und Experimente im Wohnen zulässt und auf direkte Einbindung der Wohnenden abzielt. Ein derartiges Recht auf Wohnen wäre ein wichtiger Baustein für eine Stadt mit hoher Lebensqualität für alle.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari
(Illustrationen); Clara Akinyosoye, Eva Bachinger,
Philipp Sonderegger, Magdalena Summereder,
Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Gerfried Balzer,
Ali Cem Deniz, Sonja Dries, Gebrüder Moped,
Justin Kadi, Alev Korun, Johanna Müller, Reinhold
Lopatka, Klaus Ottomeyer, Martin Schenk, Philipp
Sonderegger, Mara Verlic, Conchita Wurst

BUSINESS DEVELOPMENT:

Magdalena Summereder

COVERBILD:

Karin Wasner

LEKTORAT:

Susanne Drexler

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Bernhard Spindler, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,

Straßenkolportage

AUFLAGE:

30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: OPSKATWWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch

gegen Rassismus und Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie und

Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung

der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren

ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht

ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen

bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist:

SOS Mitmensch.

NACH DER WAHL

HC Strache, neuer Bürgermeister von Wien!

Nach dem Wahlerfolg der Tüchtigen und Anständigen: Was wird sich verändern in der neuen Hauptstadt des Abendlandes?

GASTKOMMENTAR: GEBRÜDER MOPED



Es ist passiert. Heinz-Christian Strache entscheidet die Wiener Landtagswahl für sich, wird mit einer knappen absoluten Mehrheit im Rücken die Regierungsgeschäfte übernehmen und ist neuer Wiener Bürgermeister. Ein längst fälliges und schönes Signal für die Stadt. Zeigt doch der Umstand, dass die Wählerinnen und Wähler mehrheitlich den Blauen ihre Stimme gegeben haben, wie gut es den Menschen in Wien offensichtlich geht. Ein Blick in die Kärntner Landesgeschichte beweist: Wer im Bundesland für die Freiheitlichen stimmt, muss es zumindest finanziell mehr als dick haben. Denn das kann teuer werden. Aber die bahnbrechenden Erneuerungen sind es anscheinend wert. Was wird sich verändern in der neuen Hauptstadt des Abendlandes?

Mit Photoshop aufräumen

Vorbildhaft startet der Bürgermeister mit der steifen Körperhaltung seine Amtsperiode mit der angekündigten Sammelklage gegen sämtliche Versuche der medialen Manipulation. Erstes Zielobjekt: seine eigenen Wahlplakate. „Da stimmt doch etwas nicht, die wurden doch allesamt von linksrabiatischen Gegnern schamlos mit Photoshop bearbeitet“, beklagt der Wiener Bürgermei-

ster, „oder wer soll dieser kerngesunde Jungspund auf den Drucksorten sein ohne Augengeringe und ohne Rechtschreibfehler im Beitext?“

Vanillekreuzerl stärken

Aber bringt die Freiheitliche Stadtregierung nun in der Tat, wie von sozialromantischen Gutmenschen befürchtet, ausschließlich Hass und Hetze aufs politische Tapet? Mit-

Augenringe wegretouchiert: Sammelklage gegen mediale Manipulation.

nichten. Der Wahlerfolg der Tüchtigen und Anständigen manifestiert vielmehr die erfreuliche Tatsache, dass die österreichische Bevölkerung laut aktueller Studien generell immer toleranter wird. Die meisten Landsleute haben nämlich mittlerweile überhaupt kein Problem mehr damit, wenn jemand in der eigenen Familie Interesse zeigt für Homophobie oder Rassismus. Und genau hier setzt freiheitliche Regierungsverantwortung an. Die Rettung des Abendlandes beginnt lobenswerterweise in der österreichischen Bundeshauptstadt, in ihrer kleinsten Zelle,

der Kernfamilie. Die Wiener Hausfrauen sind eingeladen, sich heuer zu Weihnachten vom Backen halbmondförmiger Vanillekekse zu verabschieden und dürfen wieder auf eine gute alte Form der heimischen Backkunst zurückgreifen: das kulturchristliche Vanillekreuzerl.

Willkommensschilderkultur

Auch die Unterbringung von Flüchtlingen wird sich entgegen aller Erwartungen deutlich humaner gestalten, als zu Zeiten des unhöflichen SPÖ-Altbürgermeisters. Flüchtlingskinder werden künftig – wie in einem Pilotprojekt bereits erfolgreich umgesetzt – von Amts wegen höchst offiziell von FPÖ-Bezirksfunktionären mit selbst gebastelten Willkommensschildern persönlich begrüßt.

Die anstehende Bildungsreform erstreckt sich zunächst auf die zunehmende Einbindung von Schulschwänzern. Die FPÖ bekämpft kompromisslos Unterrichtsverweigerer. Ein nicht ungewagtes Vorgehen: Legt es sich die Partei doch damit vor allem mit der eigenen künftigen Stammwählerschaft an. Eltern werden über das Fehlen ihrer Kids per SMS informiert, was kritische Stimmen nur bedingt als zielführende Maßnahme beurteilen. Denn das Schul-



Verblasene Bilder, schneeweiße Visionen von Wien.

schwänzen hat in Wien seit Generationen Tradition. Die meisten der Eltern werden die Kurzmitteilungen wohl nicht lesen können. Deshalb denkt der freiheitliche Apparat weiter: Parteimitarbeiter kontrollieren eigenhändig in den Schulen, ob unsere Kinder anwesend sind. Eine Win-Win-Situation, da viele der Kontrollorgane dabei selbst zum ersten Mal ein Schulgebäude von innen sehen. Die Freiheitliche Bildungsoffensive fordert weiters die lang ersehnte soziale Gleichstellung von Schulabbrechern. Immerhin dürfen auch Studienabbrecher ihren Karriereschritt seit geraumer Zeit unter dem akademischen Titel „Bachelor“ führen. Von linkslinken Träumereien wie der Etablierung einer Gesamtschule verabschiedet sich Wien unter der neuen Stadtregierung. Ein längst fälliger Schritt gegen ein wahrlich unausgereiftes Modell: Eine gemeinsame Schule für alle zehn- bis vierzehnjährigen: Was, wenn diese Schule in Vorarlberg ist?

Ungarischer Billigbesen

Kulturstadtrat wird nach ersten Informationen Andreas Gabalier, der beliebte Volksschauspieler, der bereits gemeinsam mit HC Strache in der Posse „Der Alpenkönig und der Menschenfeind“ für Furore gesorgt hat. Statt eines steuergeldverschwen-

derischen Fahrradbeauftragten leistet sich die neue Wiener Stadtregierung nunmehr einen internationalen Weisenrat. Ihm gehört unter anderem der ehemalige FIFA-Präsident in spe, Josef Blatter, an. In der Handlungsfähigkeit ein wenig abweichend, weltweit unbeliebt und zusätzlich konfrontiert mit laufenden Ermittlungen: Bei ihm lag die blaue Parteikarriere längst auf der Hand. Entgegen aller Erwartungen nicht

Regenbögen als Wetterleuchten der Homolobby werden verboten.

dabei ist die zauberhafte Hexe und Magierin, die seit Jahren den Stadt- und Parteichef berät. Sie wurde aus der Gesinnungsgemeinschaft ausgeschlossen, als bekannt wurde, dass sie privat einen ungarischen Billigbesen fliegt.

Schwierige Zukunft für Humoristen

Einen stabilen Eckpfeiler der neuen Sicherheitspolitik stellt naturgemäß die Kriminalitätsbekämpfung dar. Wer, wenn nicht die Freiheitlichen, ist dafür prädestiniert? Kennen doch viele der aktiven Parteisolddaten

das Phänomen der Kriminalität auch aus der Innenansicht. Vor allem dem Steuerbetrug geht's an den Kragen: verpflichtende Einführung von Registrierkassen für freiheitliche Funktionäre.

Klimapolitisches Novum: Das Verbot von Regenbögen als zu verurteilendes Wetterleuchten der Homolobby. Die Wirtschaft wird angekurbelt durch zwei neue McDrive Filialen auf der Mariahilferstraße. Und auf gesundheitspolitischer Ebene sagt man endlich den umstrittenen Sehbeeinträchtigten den Kampf an: „Natürlich gibt es Brillenträger, die sich benehmen können“, so die neue Gesundheitsstadträtin und Ärztin der Herzen, Dagmar Belakowitsch-Jenewein, „aber es sind auch immer wieder Kriminelle dabei. Das muss man sagen dürfen.“

Schwierig gestaltet sich die Zukunft lediglich für die Humoristen der Stadt. Hat man sich über die letzten Jahre doch schon so gut mit Altbürgermeister Michael Häupl arrangiert. Insbesondere sämtliche Witzchen über den Alkoholkonsum des obersten Fiaker-Fahrers haben bis heute garantiert in jeder Runde gezündet. Und da bietet Bürgermeister Strache wohl kaum eine vergleichbare Reibungsfläche. Denn in Sachen Drogen hat Strache, und das weiß man seit Jahren, eine schneeweiße Weste.

POPULÄR GESEHEN

Schlaflos

Der Schlaf stellt sich gegen ein permanentes Funktionieren. Er ist ein Störfaktor, mittlerweile.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Die Dachsammer ist ein Zugvogel, der auf seinem Flug von Alaska nach Nordmexiko ohne Schlaf auskommt, bis zu einer Woche. Sie fliegt in der Nacht und sucht am Tag Nahrung. Diese Effizienz interessierte auch das Pentagon, in Studien wurde untersucht, wie die Gehirnaktivität der Dachsammer diese langen Wachperioden erlaubt. Die Erkenntnisse wollte man auf den Menschen übertragen. Genaueres weiß man noch nicht. Während die Dachsammer ihren schlaflosen Flug in den Wolken absolviert, veröffentlicht der Musiker Andreas Spechtl das Album „Sleep“. Der Sänger von Ja Panik entwickelt darauf eine entspannt verstörende Stimmung. Schlafen selbst sei politisch – als letzte Trutzburg, die es mehr denn je zu verteidigen gilt: „Selbst in den Schlaf wird ja allerorten eingegriffen. Ob mit pharmazeutischen Mitteln oder der Smartphone-App, die mir mein bestes Schlafverhalten ausrechnet. Damit der Mensch sich bloß ordentlich ausruht, aber möglichst kurz.“

Der Schlaf ist biologisch nützlich, ökonomisch aber irgendwie nutzlos. Eine unprofitable Auszeit, die minimiert werden muss. In der Industrieproduktion des vorigen Jahrhunderts sollte die Maschine rund um die Uhr laufen, in der Dienstleistungsgesellschaft jetzt auch der Mensch. Viele spüren den Druck, am besten 24 Stunden erreichbar zu sein. Wir alle schlafen immer weniger: Heute 6,5 Stunden, vor einer Generation noch 8



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Stunden und 10 Stunden zu Beginn des Jahrhunderts. Nachtdienste steigen an, in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Bediensteten im Schichtdienst Deutschlands von knapp 5 auf 6 Millionen. In Spanien sollte der Schlaf zum Sparopfer werden. Die Regierung schoss scharf auf die Siesta. „Wenn wir die Arbeitszeit verändern, steigern wir die Produktivität und das Humankapital der Unternehmen“, sagte sie. Die Bevölkerung war renitent. „Wir sind für eine Pause von 15 Minuten nach dem Essen, aber die Leute halten sich nicht daran“, klagten die Herolde der Austeritätspolitik.

Bemerkenswert ist, dass die Gesundheitsprävention beständig nach Rauchen, Trinken, Ernährung und Bewegung fragt – aber nicht nach dem Schlaf. Er ist eine zentrale Ressource von Gesundheit. Schlafmangel schwächt das Immunsystem, lässt Herz-Kreislaufkrankungen steigen, reduziert die Konzentration und befördert Übergewicht. Im extremsten Fall wird Schlafentzug als Folter verwendet mit dem Ziel, gefügig zu machen.

Der Schlaf stellt sich gegen ein permanentes Funktionieren. Er ist ein nicht kontrollierbarer Ort vor den Zwängen des Alltags: ein Ort, wo nicht konsumiert und nicht gearbeitet werden kann. Ein Störfaktor, mittlerweile. Deshalb: Die Dachsammer in den Wolken, Sleep am Plattenteller. Und ich bin auch schon müde.

SONDERECHE

Der schlanke Staat taumelt

Die Hauptverantwortung für das Asylchaos trägt die ÖVP.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Für Gesetzgebung und Vollzug in Sachen Asyl ist der Bund zuständig. In Person von ÖVP-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Die Schwarzen leiten das Innenministerium seit dem Jahr 2000. Mit Feuereifer machten sie sich an die Verschärfung des Fremdenrechts. Pro Jahr eine Novelle. Allerdings: 80.000 Flüchtlingen ist die Behörde heute logistisch nicht mehr gewachsen – im Gegensatz zu den 1990er Jahren. Das BMI verweist gerne auf die Länder. Tatsächlich haben sich diese in der Grundversorgungsvereinbarung zur Unterbringung verpflichtet. Doch es wurde auch geregelt, wem die Meta-Kompetenz zur Vorsorge gegen Engpässe obliegt: dem Bund. Gibt es in den Ländern nicht genügend Quartiere, ist wieder das BMI am Zug. Schließlich sollen AsylwerberInnen im Verfahren greifbar sein.

Die ÖVP stellt die Innenministerin, sechs von neun Landeshauptleuten (zwei der säumigen Länder sind rot regiert) und fast drei von vier BürgermeisterInnen (von denen viele tolle Arbeit leisten) in Österreich. Mit dieser Infrastruktur können die Bürgerlichen politische Projekte umsetzen – falls sie wollen. Ein funktionierendes staatliches Asylsystem steht aber gar nicht auf der Agenda der ÖVP. Sie setzt auf einen schlanken Staat:

Durch diverse Privatisierungen wird Betreuung ausgelagert und Gewinnorientierung als Steuerungsprinzip etabliert. Qualitätsstandards kommen unter Druck; soziale Konflikte nehmen zu. Spenden-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoje ist freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Migration of the fittest

Das Dasein von Asylsuchenden in Österreich sollte nicht mit einem Nutzen für die Gesellschaft gerechtfertigt werden.

CLARA AKINYOJOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

basierte NGOs werden mit ihrem Know-how aus dem Feld gedrängt, weil sie sich gegen diese Entwicklung wehren. Die angebliche Föderalisierung der Kompetenzen schwächt das System bis zur Unsteuerbarkeit: Eigentlich wäre die Einbeziehung der Bevölkerung auf lokaler Ebene begrüßenswert, weil das deren Verständnis für die Materie stärkt. Doch ohne Plan endet alles in Kompetenz-Wirrwarr und Schuldzuweisungen. Die Lichtenfelsgasse trompetet, es handle sich um eine „katastrophenartige Ausnahmesituation“ und eine schier „übermenschliche Aufgabe“. Zeltstädte des Innenministeriums bebildern diesen Spin. Schon wird eine Diskussion um neuerliche Einschränkungen des Asylrechts angezogen. Immer weniger Verantwortung soll die Allgemeinheit für die Gewährleistung von Menschenrechten tragen. Realpolitisch hängt die Unterbringung derzeit an den Gemeinden. BürgermeisterInnen fürchten sich zurecht davor, dass jede/r noch so unbegabte FPÖ-Gemeinderat/rätin die vergiftete Stimmung in Zugewinne ummünzen kann. Die Stimmung kommt nicht aus dem Nichts. Lange Jahre heulten ÖVP-PolitikerInnen mit den Wölfen und trugen zur Diskreditierung von Asylsuchenden bei. Was uns derzeit als Asylpolitik geboten wird, ist keine reine Inkompetenz. Es ist das Ergebnis 15-jähriger Schwächung öffentlicher Verwaltung durch konservative „Effizienzsteigerung“ und „Bürokratieabbau“.

Man kennt es aus der Migrations- und Integrationsdebatte – die Einteilung in gute und schlechte ZuwanderInnen. Fachkräfte statt ArmutsmigrantInnen, heißt es dann. Die besten Köpfe, nicht hungernde Mägen – könnte man sagen. Gute MigrantInnen sind hervorragend ausgebildet, beherrschen viele Sprachen und reden dennoch nur Deutsch. Schlechte MigrantInnen waren nicht lange in der Schule, ihr Deutsch ist nicht gerade perfekt. Wer gut und wer schlecht ist, manifestiert sich an der Nützlichkeit eines Menschen, an seiner Verwertbarkeit in ökonomischen Prozessen. Der Nützlichkeitsdiskurs ist in der politischen und gesellschaftspolitischen Debatte über geregelte Zuwanderung zum Usus geworden. Ob er dort gut aufgehoben ist oder nicht, ist eine andere Frage. Sollen sich Menschen auf dieser Erde frei bewegen können oder nicht? Ist es in Ordnung, wenn Menschen die Gnade eines vielversprechenden Geburtsortes genießen und Hürden für jene aufstellen, die ein Stück vom Kuchen wollen? Ideologische Fragen. Verstörend ist der Nützlichkeitsdiskurs aber jedenfalls wenn er – wie das mitunter geschieht – Einzug in die Asyldebatte hält. Eine 36-Jährige Afghanin verließ Österreich unlängst in Richtung Kanada, nachdem sie beinahe nach Afghanistan abgeschoben worden war. Die Akademikerin spricht vier Sprachen. In Onlineforen äußerten einige Menschen ihr Unverständnis darüber, dass eine gut

qualifizierte Frau hierzulande so behandelt wurde. Es sind auch jene Menschen, die versuchen, für Asylsuchende zu werben, die den Nützlichkeitsdiskurs in der Asyldebatte weitertreiben. Es sind Menschen, die in Opposition zur rechten Propaganda, welche Asylsuchende als träge und nutzlos diffamiert, der Bevölkerung klarmachen wollen, dass das falsch ist. Sie wollen ihr zeigen, dass sie sich vor Flüchtlingen nicht zu fürchten braucht, dass diese Menschen aus zivilisiertem Hause kommen, und Österreichs Wohlstand sichern können. Dass sie nicht – wie die FPÖ propagiert – den unsrigen auf der Tasche liegen. Das ist verständlich und manchmal wird es auch verstanden. Doch wir haben schon verloren, wenn wir beginnen die Existenz von Schutzsuchenden in Österreich damit zu rechtfertigen, dass sie unserem Land zweckdienlich sind. Die Rechtspopulisten werden immer einen Grund dafür finden, warum Österreich diese Menschen nicht gebrauchen kann. Also lassen wir uns auf den Nützlichkeitsdiskurs erst gar nicht ein. Er ist ein gefährlicher: Er lässt Licht auf Junge, Starke und Motivierte fallen und lässt Alte, Kranke und Traumatisierte im Schatten. Aus der Migrationsdebatte ist er leider nicht mehr wegzudenken. Die Konsequenz: Migration of the fittest. Das sollte uns eine Lehre sein. Reden wir lieber über Gerechtigkeit.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Der Hassprediger Johann G.

„Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage oder fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker“ heißt es bei Medikamenten. Welches Risiko für die Demokratie bedeuten Politiker, die bewusst Ängste schüren und Menschen gegeneinander aufhetzen? Mit welchen Nebenwirkungen haben

wir zu rechnen, wenn sie in verantwortungsvolle Regierungspositionen gelangen? Mit diesen Fragen setzt sich Alexander Pollak, Sprecher von SOS-Mitmensch, am Beispiel des FPÖ-Politikers Johann Gudenus in seinem Band „Hassprediger. Der aufhaltsame Aufstieg des Johann G.“ auseinander. „Ein Beipacktext zur Wiener Wahl“ heißt es im Untertitel. Da er Gudenus' bisherigen beachtlichen Aufstieg bis zum stellvertretenden Parteichef und Klubchef der Wiener FPÖ für „aufhaltsam“ hält, hat er diesen Text verfasst um zu informieren und aufzurütteln. „Die Motivation, diesen Beipacktext zu den Wiener Wahlen zu verfassen, ist einfach: Ich kann mir nicht vorstellen, dass mehr als zehn Prozent der Menschen tatsächlich wollen, dass das, was ich auf den folgenden

Seiten beschreiben werde, zur beherrschenden Politik in Wien oder in Österreich wird“, schreibt Pollak. Selbst wenn Politiker demokratisch gewählt an die Macht gelangen, ist ein Minimum an Respekt, Anstand und Humanität einzufordern, so Pollak, der 2013 die FPÖ aufgrund von Aussagen von Gudenus wegen „übler Nachrede“ klagte und Recht bekam. Gudenus, geb. 1976, absolvierte das Gymnasium Theresianum sowie ein Jusstudium und hat auch einige Auslandsaufenthalte vorzuweisen. Doch er nutzt seinen Intellekt und seine privilegierte Lage nicht für ein konstruktives Miteinander, sondern sät Hass, Neid und Angst. So wie er die Großstadt Wien darstellt, meint man in zerrütteten Staaten gelandet zu sein, wo Gewalt, Drogenhandel und

Raub auf der Tagesordnung stehen. Seine bevorzugten Sündenböcke sind Asylwerber und Zuwanderer. Was in der täglichen Medienmaschinerie oft zu kurz kommt leistet Pollak: Aussagen von Politikern auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und ihnen Fakten gegenüber zu stellen. So wird klar, wie Gudenus ohne mit der Wimper zu zucken Halbwahrheiten und schlichte Lügen in den Raum stellt. Insofern ist es eine erhellende Lektüre vor einer Wahl, die zeigen wird, ob Anstand und Respekt gewinnen oder verlieren. *eba*

Alexander Pollak
Hassprediger. Der aufhaltsame Aufstieg des Johann G. Ein Beipacktext zur Wiener Wahl.
 Epubli. Berlin 2015
 160 Seiten; 11,80 Euro

FESTIVAL

derive – ur6anize!

Was wäre wenn... Kooperation als Handlungsprinzip die Entwicklung unserer Städte bestimmt? ...das Erkunden von gemeinsamen Interessen in den Mittelpunkt rückt, anstatt das ständige Ziehen von Grenzen? Das urbanize! Festival macht sich auf, die vielfältigen Implikationen einer kooperativen Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Stadt zu erkunden. Dem Stadtsoziologen Henri Lefebvre galten Städte immer schon als *Ceuvre*. Damit wollte er sie nachdrücklich von einem warenförmigen Produkt abgrenzen und betonen, dass Städte ein kooperatives Werk aller StadtbewohnerInnen sind. Nir-

gends sonst trifft so viel geballtes Wissen aufeinander, findet sich eine schier grenzenlose Zahl an Denk- und Lebensmodellen. In Gedankenspielen, Theoriemodellen, Best-Practice-Beispielen, Vorträgen, Diskussionen, künstlerischen Interventionen und Experimentierräumen will urbanize! kooperative Handlungsansätze auf ihre Brauchbarkeit für die Stadt der Zukunft prüfen. Perspektiven eines kooperativen Urbanismus: vom 2. bis 11. Oktober. Festivalzentrale in einem ehemaligen Finanzgebäude in 1030 Wien.
www.urbanize.at

FESTIVAL

Harmonija, na ja...

„Der Konflikt ist der wesentliche Kern einer freien und offenen Gesellschaft“, schrieb der US-amerikanische Bürgerrechtler Saul Alinsky 1971 in seinem Buch „Rules for Radicals“. An diesem Punkt setzt WIENWOCHE 2015 mit „Harmonija, na ja ...“ an. Störungen müssen her, und zwar nicht um des Störens willen. Wer das Heute hinterfragt, den Alltag und die Wünsche, das Jetzt und die Utopie, muss die unheimlich gewordene Harmonie unterbrechen und neu verhandeln. Nicht einverstanden sein, anecken, dazwischenfunken, Sand ins Getriebe streuen, entgegenretren, durchkreuzen, be-

hindern. Und gleichzeitig: entdecken, fantasieren, erfinden, vorausdenken, planen, organisieren, eingreifen. Letztlich Wege finden, um Demokratie, Frieden, Gleichheit und Wohlstand miteinander zu teilen, also: stören, um zu verändern! 17 Projekte setzen ganz in diesem Sinne auf Ruhestörung und legen sich mit dem allzu kompromissbereiten „goldenen Mittelweg“ als scheinbarer Rettungsgasse der gesellschaftlichen Harmonie an. Denn: „Diri harmonia nai mrni harmonia!“ (Romanes für „Deine Harmonie ist nicht meine Harmonie!“).
 WIENWOCHE – vom 18. September bis 3. Oktober 2015.
www.wienwoche.org

SPOTLIGHT

Neue Stimmen

Auch diese beiden Gruppierungen wollen Wien verbessern: die linke Liste „Wien anders“ und die des Wiener Arztes Turgay Taşkıran. Am 11. Oktober wird gewählt.

TEXT: GERFRIED BALZER

An AktivistInnen mangelte es dem Wahlbündnis „Wien anders“ jedenfalls nicht: Die Anzahl der benötigten 2.950 Unterstützungserklärungen wurde mit 4.500 Unterschriften deutlich überboten, damit kann die Liste in allen Bezirken zu den Wahlen am 11. Oktober antreten. Wien reloaded, das ist es, was die Leute von Echt Grün, KPÖ, PiratInnen u.a. antreibt. Man möchte eine Politik links der etablierten Parteien anbieten, die freigespielt von realpolitisch motivierten Kompromissen auch den Grünen in Wien selbst frischen Wind ins Gesicht blasen soll. Die Forderungen von „Wien anders“ (auf dem Stimmzettel: ANDAS): freier Hochschulzugang für alle und damit ein Ende der Studiengebühren; Freifahrt für die Öffis für alle; eine Abgabe für leerstehende Wohnungen, derzeit 30.000, um gegen Spekulation und Wohnungsknappheit effektiv vorzugehen; die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens; das Wahlrecht für alle, die in Wien ihren Lebensmittelpunkt haben, die aber die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen müssten, um ihr demokratisches Grundrecht wahrnehmen zu können; ein entschiedenes Auftreten gegen rechtsradikale Politik; schließlich auch die Freigabe von Cannabis, wie das etwa zwei US-Bundesstaaten beschlossen haben, während in der Hälfte der USA Cannabis für medizinische Zwecke bereits freigegeben wurde. Wie das alles finanziert werden soll, ist eine der häufigsten Fragen, die den Wien Anders AktivistInnen gestellt wird. Die Forderung nach einem starken Staat, der seiner Steue-



Wahlbündnis aus Echt Grün, KPÖ und PiratInnen. Freie Öffis und freier Hochschulzugang sind Teil der Forderungen.

rungsaufgabe für sozialen Ausgleich nachkommt, ist eine der Antworten. Die Forderung nach einer höheren Besteuerung von Reichen und das Ende der Steuerparadiese für Konzerne wurde bislang nicht eingelöst. Spitzenkandidatin ist die 23jährige Juliana Okropiridse, die in der Kinder- und Jugendbetreuung arbeitet und Wien für „unglaublich scheinheilig“, aber auch für faul und feig hält. Okropiridse ortet hinter den schönfärbischen Selbstinszenierungen Wiens mit Schönbrunn und Schanigarten-Laune eine Stadt, in der gegen Armut, Rassismus und Sexismus zu wenig getan wird. Weil sie selbst nicht faul sein möchte, macht Okropiridse nun den Mund auf, um Wien zu verändern. Um das im Rathaus zu tun, muss zuerst eine 5-Prozent-Hürde überwunden werden.

Liste Taşkıran. Das gilt auch für die migrantische Gruppierung des Arztes Turgay Taşkıran, die lange Zeit als „türkische Liste“ durch die Medien geisterte. So wie auch

Taşkıran selbst, wiewohl in Wien geboren und hier lebend, selten als Wiener, sondern fast ausnahmslos als „türkischstämmiger“ Arzt bezeichnet wird. Mit seinem Befund, dass für MigrantInnen zu wenig in Wien getan wird, hat Taşkıran nicht unrecht. Lange zeigte man keinerlei Interesse an den so genannten Gastarbeitern, weder daran, deren Leben, vielfach in Substandardwohnungen, zu verbessern, während sich nun, angefeuert durch rechts, mit den Pflichten von „Ausländern“ erkleckliche Wahlerfolge erzielen lassen. Taşkıran selbst wuchs in bescheidensten Verhältnissen auf, wohnt mittlerweile in einem bürgerlichen Bezirk, ordiniert aber als Praktischer Arzt weiterhin in einem Arbeiterbezirk – nicht zuletzt deshalb, um mit seinen Sprachkenntnissen PatientInnen den Arztbesuch zu erleichtern. Er möchte mehr Empathie in die Politik bringen. Wofür der Mann, der die MigrantInnen selbst zum alleinigen Thema seiner Partei erkoren hat, aber genau steht, lässt sich nicht so einfach beantworten. Sein Background als Erdogan-Sympathisant und Obmann der AKP-nahen Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) verbreitete sich rasch in den Medien. Dass der Wiener auch mit der FPÖ im Rathaus zusammenarbeiten würde, wie er in einem NEWS-Interview kundtat, überrascht dann doch einige. Der Wiener FP-Clubobmann Johann Gudenus sprach unbeeindruckt von einem „schäbigen Missbrauch unsrer Gastfreundschaft“ – was er in Hinblick auf den österreichischen Arzt genau meint, bleibt aber unklar.

RECHT

Damit wir uns weiterhin
für die Rechte aller Menschen
einsetzen können:
PSK 91000590, BLZ 60000

JETZT
ONLINE
SPENDEN

www.sicherspenden.at/sosmitmensch

DANKE!



Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

www.sosmitmensch.at

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

DEMOKRATIE

Lasst die Menschen in Wien wählen!

Enikö lebt seit 25 Jahren in Wien. Dennoch darf sie nicht mitbestimmen, wer die Stadt regiert. So wie sie sind ein Viertel der in Wien lebenden Menschen von der Wahl des Gemeinderats ausgeschlossen, weil sie keinen österreichischen Pass haben. SOS Mitmensch startet gegen diesen Wahlausschluss eine große Aktion unter dem Titel „Pass Egal Wahl“. Am Dienstag, den 6. Oktober wird von 15.00 bis 20.00 Uhr am

Friedrich-Schmidt-Platz 1 (U2-Station Rathaus) ein eigenes Wahllokal eröffnet, bei dem alle, unabhängig von ihrem Pass, ihre Stimme abgeben können. Wir rufen alle in Wien lebenden Menschen dazu auf, ein Zeichen gegen den Wahlausschluss zu setzen. Kommen Sie am 6. Oktober zur ersten Wiener Pass Egal Wahl! Alle Infos gibt es auf: www.sosmitmensch.at



Am 6. Oktober wählen alle, die hier leben.

FLUCHT

Asylsuchenden & Flüchtlingen helfen



Hilfsaktion Erdberg

Immer mehr Menschen können es nicht fassen, dass in Österreich gestrandete Asylsuchende von der Politik auf brutale Weise

im Stich gelassen werden. Egoismus, Kurzsichtigkeit und zynische Kalkulation haben dazu geführt, dass Tausende Schutzsuchende keinen festen Schlafplatz haben, während zugleich viele nutzbare Räume und Gebäude leer stehen. Doch immer mehr Menschen sind auch bereit, zu helfen. Sie tragen dazu bei, die Versäumnisse und den Zynismus einer Politik zu mildern, die vergessen hat, dass Menschlichkeit und Menschenwürde immer an erster Stelle stehen sollten. Innerhalb kurzer Zeit haben mehr als 20.000 hilfsbereite Menschen die Informationsseite von SOS Mitmensch besucht, auf der Kontaktinfos zu Hilfsinitiativen in allen

Bundesländern aufgelistet sind. In der Übersicht von SOS Mitmensch finden sich Informationen, wo Sachspenden abgegeben werden können, wo bei Deutschkursen mitgeholfen werden kann, wo Patenschaften möglich sind, wie Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann und welche anderen Möglichkeiten der privaten Hilfeleistung es gibt. Wir möchten uns bei allen bedanken, die Hilfe leisten und Hilfe koordinieren. Es wird auch in den kommenden Wochen und Monaten weiterhin viel an Engagement benötigt. *Wenn Sie die Möglichkeit dazu haben, helfen Sie bitte!*

Widerstand gegen Sozialabbau

Während die Innenministerin gemeinsam mit einem Großteil der Landeshauptleute die Menschen in Traiskirchen im Stich ließ, startete Finanzminister Schelling einen Angriff auf Arbeitslose. Diese würden „zu viel Geld“ erhalten. Solidarität wird dieser Tage offenbar gerne klein geschrieben. Dagegen gilt es die Stimme zu erheben.

Integration vom ersten Tag an

Asylsuchende haben ihren Lebensmittelpunkt und oftmals auch ihre Zukunft in Österreich. Dennoch werden sie weiterhin aus allen Integrationsprogrammen der Regierung ausgeklammert. Die menschlichen, sozialen und auch wirtschaftlichen Folgen dieser Desintegrationspolitik sind desaströs. Wir fordern einen Paradigmenwechsel!

Nachlese: Ordnungsruf für Niessl

Die überparteiliche Initiative „Keine Koalition mit dem Rassismus“ hat dem Landeshauptmann der rot-blauen Koalition im Burgenland einen lauten Ordnungsruf erteilt. Eine Protestkundgebung am Wiener Ballhausplatz anlässlich der Angelobung von Hans Niessl wurde von Ordnungsrufsglocken begleitet.



Gemeinsam mit SOS Mitmensch: Ordnungsruf für Niessl

ANDERE ÜBER ...

„Starker Standort“

Der ÖVP-Klubobmann über die Wahrung der österreichischen Identität: Wohlstand, Freiheit und Sicherheit sind unantastbare Werte.

Kommentar: Reinhold Lopatka



Illustration: Petja Dimitrova

Die Identität eines Landes ist weit mehr als die Summe einer Vielzahl von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren. Österreich ist ein Land, das über einen einzigartigen Reichtum an Natur und Kultur verfügt, die Wirtschaft zeichnet sich durch fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen mit Risikobereitschaft aus, Österreicherinnen und Österreicher blicken auf eine lange Tradition im Bereich der humanitären Hilfsbereitschaft zurück. Unser Land verfügt über eine breite, pluralistische Gesellschaft und wir dürfen stolz auf einen starken Rechtsstaat und eine lebendige Demokratie sein.

Seit 1945 haben mitunter diese Eigenschaften unserer Land an die Spitze der Europäischen Union geführt. Österreich ist als Land mitten im Herzen Europas immer Brückenbauer innerhalb der internationalen Gemeinschaft gewesen, was unsere Identität nach innen und nach außen mitgeprägt hat. Dabei ist klar, dass es ein starkes Österreich – wirtschafts- wie außenpolitisch – nur in einem starken Europa geben kann. Ein Bekenntnis zu einer starken Europäischen Union, einem gemeinsamen Europa ist deshalb für die Identität Österreichs unverzichtbarer Bestandteil. In den heute wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen wir uns mit Krisen und Kriegen und daraus resultierenden Flüchtlingsströmen nach Europa konfrontiert sehen, wird dies besonders deutlich.

Identität ist vielschichtig

Entscheidend für die erfolgreiche Entwicklung Österreichs war dabei auch immer der Wille, Dinge zum Besseren zu verändern und jene Anstrengungen zu unternehmen, die notwendig für eine gedeihliche Zukunft Österreichs gewesen sind.

Darin liegt das Fundament unserer Identität und hier gilt es auch heute weiter anzuknüpfen, um in keine „Identitätskrise“ zu kommen: Zwar behauptet sich unsere Republik trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufgabenstellungen im Vergleich gut, dennoch muss es unser Anspruch sein, Österreich wieder weiter nach vorne zu bringen und noch besser zu machen. Dazu bedarf es jenes Mutes zu Reformen, der unser Land aus den Trümmern des Krieges nach 1945 zu Erfolg und Wohlstand geführt hat – vor allem im Bereich der Pensionen oder der Bildung sind Maßnahmen notwendig. Wir dürfen stolz darauf sein, dass soziale Sicherheit in Österreich ein hohes Gut ist. Aber nur mit einem effizienten und nachhaltigen Pensionssystem wird es möglich sein, dieses auch für nachfolgende Generationen – die ein Recht auf ihre Pensionen haben – finanzierbar aufrechtzuerhalten. Um auch in Zukunft einen starken Standort zu gewährleisten, der international wettbewerbsfähig ist und bleibt, dürfen wir überdies nicht den Anschluss im Bildungsbereich verlieren. Daher gilt es auch hier, rasch Reformen anzupacken und zu handeln – auch das sind wir unseren Kindern im Sinne eines starken österreichischen Profils und einer ausgeprägten Identität in der Welt schuldig. Die österreichische Identität ist also vielschichtig ausgeprägt und bildet dabei die gesellschaftliche und kulturelle Breite unseres Landes und seiner Bevölkerung in einem ebenso breiten Spektrum ab. Das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen ist dabei gleichzeitig integraler Bestandteil dieser Identität. Denn dadurch ist Österreich zu einem Land gewachsen, in dem Wohlstand, Freiheit und Sicherheit unantastbare Werte sind, die es zu erhalten gilt.

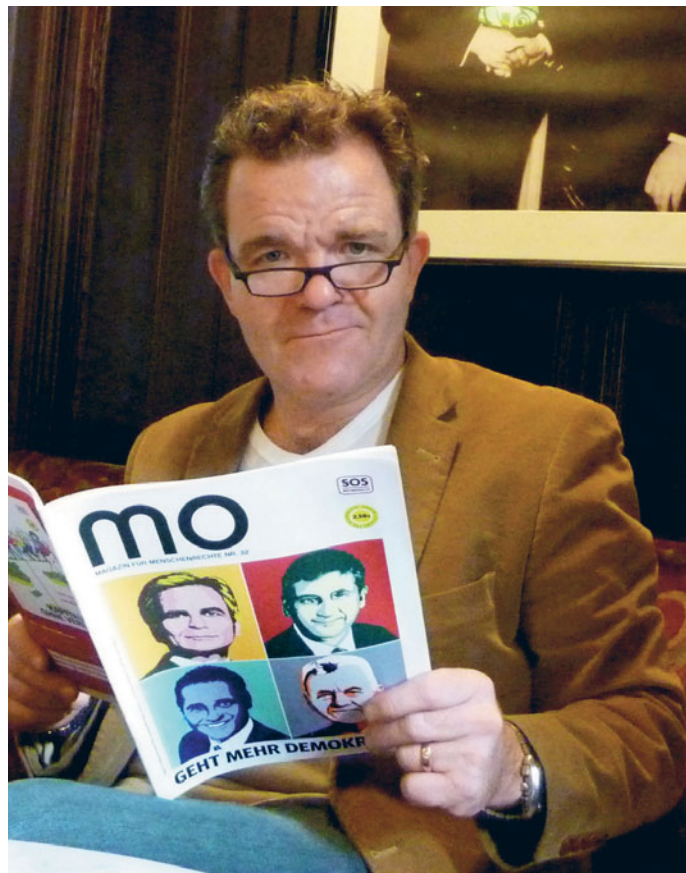
ZUR PERSON

Reinhold Lopatka

1960 in Voralpe (Steiermark) geboren, studierte Theologie und Jus an der Universität in Graz. 1989 bis 1995 in leitender Funktion beim steiermärkischen Hilfswerk. Für die ÖVP saß er 17 Jahre im steirischen Landtag, später bekleidete er das Amt des Staatssekretärs für Sport, danach für Finanzen, danach für internationale Angelegenheiten. Seit 2003 mit Unterbrechungen Nationalratsabgeordneter. Seit 2013 Klubobmann der ÖVP.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**



Dirk
49 Jahre
Deutscher Pass
lebt seit 27 Jahren in Wien

MEINWIEN MEINEWAHL PASS EGAL

6.10.2015

AB 15 UHR, IM WAHLLOKAL
1., FRIEDRICH-SCHMIDT-PLATZ 1
U2 RATHAUS



WWW.SOSMITMENSCH.AT